

Hendrik Wallat
Staat oder Revolution

Hendrik Wallat:

Der Bolschewismus ist der Inbegriff des Scheiterns kommunistischer Emanzipation. Entgegen des Verständnis des Bolschewismus als „revolutionär“ lässt sich zeigen, dass es von Anfang an hellsichtige Kritik von Links am bolschewistischen 'Befreiungsmodell' gab. Diese ist weder als reaktionär abzutun, noch musste sie auf Stalin warten, um zu wissen, dass die Revolution die Herrschaft nicht abschaffte, sondern in einem neuen Staat totalisierte. Im Interesse der Gegenwart gilt es diese verdrängte Geschichte dem Vergessen zu entreißen.

Im Mittelpunkt steht die Darstellung zentraler theoretischer Kritiken an Lenin und seinen Genoss*innen, die links von der Sozialdemokratie entstanden sind: Trotzki, Luxemburg, Gorter, Pannekoek, Rühle, Rocker, Goldman, Steinberg, Korsch, Weil und viele weitere kommen zu Wort. Diese Revolutionäre teilten mit dem Bolschewismus die Kritik an Reformismus und Kapitalismus, erkannten aber, dass jener selbst eine neue Form der Herrschaft war, die der (Arbeiter*innen-)Selbstbefreiung entgegenstand.

Der Autor:

Dr. Hendrik Wallat, Jg. 1979. Arbeitsschwerpunkte: Politische Theorie und Philosophie, Gesellschafts- und Erkenntniskritik, Geschichte der (dissidenten) Arbeiterbewegung und Tierphilosophie.

Staat oder Revolution

Aspekte und Probleme linker Bolschewismuskritik

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.



Gefördert durch die Projektförderung der Rosa Luxemburg Stiftung und den AStA der Leibniz Universität Hannover.

Hendrik Wallat: Staat oder Revolution
Aspekte und Probleme linker Bolschewismuskritik

1. Auflage, 2012
ISBN 978-3-942885-17-1

© edition assemblage
Postfach 27 46
D-48014 Münster
Telefon: 0251 - 149 12 56
info@edition-assemblage.de | www.edition-assemblage.de

Mitglied der Kooperation book:fair
Mitglied der assoziation Linker Verlage (aLiVe)

Lektorat: Philippe Kellermann
Umschlag: Markus Weiß - typogo, Berlin
Satz: bi, Münster
Druck: CPI Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany 2012

Inhalt

- 6 Danksagung**
- 7 Einleitung**
- 17 Lenins Politik- und Revolutionsmodell**
Partei und Revolution 17 | Staat und Diktatur 23 | Geschichte und Gewalt 35
- 44 Exkurs: Lenin, Marx, Terror?**
- 60 Die Organisationsdebatte der russischen Sozialdemokratie**
Rosa Luxemburg 60 | Der junge Trotzki 66 | Grenzen der Kritik 71
- 79 Kommunismus und Terrorismus: Trotzki, Kautsky, Luxemburg**
Trotzki und Bucharin 79 | Karl Kautsky 94 | Rosa Luxemburgs Metakritik 99
Grenzen der Metakritik 102
- 107 Moral und Geschichtsphilosophie: Georg Lukács als Philosoph der Oktoberrevolution**
Von der moralischen Kritik zur geschichtsphilosophischen Apologie 107
Die Partei – der proletarische Weltgeist 114
Verdinglichung und Dialektik 118
Kritik des geschichtsphilosophischen Hegelmarxismus 128
- 142 Die Bolschewismuskritik der Rätekommunisten**
Innerbolschewistische Arbeiter-Opposition
und antibolschewistische Dritte Revolution 142
Die holländischen Rätekommunisten 146
 - Herman Gorter 146 | - Anton Pannekoek 151
 - Gruppe Internationale Kommunisten Hollands 162Die Partei ist immer schlecht 169
 - Franz Pfemfert 170 | - Otto Rühle 173
- 187 Die Bolschewismuskritik der Anarchisten**
Freiheit vs. Diktatur: Rudolf Rocker 187
Reiseberichte aus Sowjetrußland: Emma Goldman 203
Oktoberrevolution oder Bolschewismus: Issak Steinberg 205
 - Das System der politischen Terrors 206
 - Emanzipation, Moral und Gewalt 210
- 224 Jenseits der Dogmatik: Karl Korsch und Simone Weil**
Von Lenin zu Marx 224 | Von Marx zu Lenin 239
- 252 Back to the future!?**
- 271 Literaturverzeichnis**

Danksagung

Danken möchte ich Ingo Elbe, der Teile der Arbeit gelesen und kommentiert hat, dem philosophischen Forschungscolloquium von Prof. Dr. Günther Mensching sowie Anne Wallat und Karina für ihre unermüdliche Unterstützung bei der Korrektur; sollte der Text halbwegs lesbar sein, ist dies nicht zuletzt ihr Verdienst. Mein besonderer Dank gilt Philippe Kellermann, der die Mühen des Ko-Lektorats auf sich nahm; mit Philippe verbindet mich ein intensiver und freundschaftlicher Gedankenaustausch, dessen Produktivität ich nicht mehr missen möchte. Danken will ich zudem Bini Adamczak, die das Manuskript ausführlich kommentiert hat. Ihre vielfältigen Anmerkungen konnte ich leider nicht mehr in der Art und Weise verarbeiten, wie sie es verdient hätten; dies betrifft insbesondere die Ausführungen zum Erbe der Revolution, die, wenn auch am Ende der Studie stehend, alles andere als abschließend sind. Schließlich gilt mein Dank auch dem AStA der Leibniz Universität Hannover und der Rosa Luxemburg Stiftung, die die Erstellung des Manuskripts und den Buchdruck unterstützt haben.

Widmen will ich das Buch Karina. Auf das wir auch in Zukunft die Kraft behalten, dieser oft trostlosen Welt, diesem beschädigten Leben mit den Waffen der Kritik, der Solidarität und des Humors entgegenzutreten; subversive Handlungsmaximen der Vernunft in einer Welt, in der derjenige, der ihr die Treue hält, schier irre werden muss.

„But I just love the life I lead,
Another beer is what I need,
Another gig my ears bleed,
We Are The Road Crew
[...]
I'm driving like a maniac,
Driving my way to hell and back,
Another room a case to pack,
We Are The Road Crew“

Lemmy Kilmister (1981)

Einleitung

*O dieses Menschenlebn! – wenn es glücklich ist,
Ein Schatten stört es; ist es kummervoll, so tilgt
Ein feuchter Schwamm dies Bild, und alle Welt vergißt's;
Und mehr denn jenes schmerzt mich dies: vergessen ist's!
Aischylos*

Geschichte ist mehr als das was war. Ihr integraler Bestandteil ist, was sein hätte können. Um einen bekannten Satz von Marx dialektisch zu wenden, ließe sich sagen, dass die Menschen „ihre eigene Geschichte“ fraglos unter „vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“ machen, die selbst das akkumulierte Resultat vergangener Praxis sind, aber sie dennoch aus „freien Stücken“ (MEW 8, 155) in die Welt setzen. Dieser Sachverhalt ist geradezu der Inbegriff des Politischen als Ausdruck der Freiheit: die Tatsache, ohne sie wäre das Politische nicht, dass Handlungen immer auch Alternativen haben. Diese sind der Geschichte nicht nachträglich als rein Imaginäres zugerechnet. Vielmehr gibt es politische Praxis überhaupt nur, weil sie sich, wie Aristoteles es formuliert, immer auf das bezieht, was sich „auch anders verhalten“ (Aristoteles 2000, 1140a) kann und noch nicht (vorgegeben) ist. Dieses verdrängte Korrelat des Faktischen ist mithin nicht nichts, sondern der Möglichkeitsraum von Freiheit und mit ihr von anderen Zukünften (vgl. Arendt 2000, 344ff). Ohne die historischen Handlungs- und Entwicklungsalternativen würde sich die Geschichte zu jenem naturgesetzlichen Verhängnis transformieren, dem sie zweifelsohne nicht selten gleicht: „von Freiheit läßt sich sinnvoll überhaupt nur deshalb reden, weil die Möglichkeit zu ihr gegeben ist, konkret: weil Freiheit zu verwirklichen ist, – und fast möchte ich, im Gegensatz zu der gesamten dialektischen Tradition von Hegel und von Marx, denken, daß es eigentlich immer möglich gewesen wäre, daß es in jedem Augenblick möglich gewesen wäre.“ (Adorno 2006, 249)

So gab es auch in der Geschichte des so furchtbar gescheiterten kommunistischen Emanzipationsversuchs stets Alternativen, die in einer geschichts- und

somit bewusstlos gewordenen Gegenwart dem Vergessen anheim zu fallen drohen. Die vorliegenden Ausführungen sollen hierzu einen Kontrapunkt setzen, indem sie sich denjenigen linken Dissidenten annehmen, die sich nicht vom erdrückenden politischen Koordinatensystem der Vergangenheit, das am Ende durch die stalinistische und nationalsozialistische Gewalt zermalmt wurde, haben dumm machen lassen. Gemeint sind diejenigen Denker, die der Idee der radikalen Freiheit im Moment ihrer revolutionären Selbsterstörung, konterrevolutionären Vernichtung und reformistischem Verrat die Treue hielten, indem sie sich ihre politische Urteilskraft nicht von der Übermacht der bestehenden Herrschaft und Gewalt trüben ließen –und daher nicht zuletzt, was unser Thema sein wird, eine unbestechliche Kritik an einer Revolution übten, die dieses persistierende Elend nicht, wie sie doch vorgab, abschaffte, sondern unter dem blendenden Lichtstrahl revolutionären Scheins verewigte und forcierte.

Freilich, die Erinnerung an diese hoffnungslosen Gestalten und der mit ihnen verbundenen Alternativen kann nicht zur Flucht vor der Monstrosität der realen Geschichte dienen. Unschuld gab es nicht in einer Situation totaler Vernichtung. Eine Generallinie, die aus dem Zwang der Verhältnisse (moralisch) sauber hätte heraus führen können, ist in der Tat schlechtes, unhistorisches Wunschdenken, welches nicht wahrhaben will, dass spätestens mit Nazi-Deutschland eine Realität sich etablierte, die gar nicht anders als durch die militärische Gewalt wieder beseitigt werden konnte:

„Ihr, die ihr auftauchen werdet aus der Flut/ In der wir untergegangen sind/
Gedenkt/ Wenn ihr von unseren Schwächen sprecht/ Auch der finsternen
Zeit/ Der ihr entronnen seid./ Gingen wir doch, öfter als die Schuhe die
Länder wechselnd/ Durch die Kriege der Klassen, verzweifelt/ Wenn da
nur Unrecht war und keine Empörung./ Dabei wissen wir doch:/ Auch der
Haß gegen die Niedrigkeit/ Verzerrt die Züge./ Auch der Zorn über das
Unrecht/ Macht die Stimme heiser. Ach, wir/ Die wir den Boden bereiten
wollten für Freundlichkeit/ konnten selbst nicht freundlich sein./ Ihr aber,
wenn es so weit sein wird/ Daß der Mensch dem Menschen ein Helfer ist/
Gedenkt unsrer/ mit Nachsicht.“ (Brecht 1967, 724f)

So weit ist es zwar noch lange nicht. Fraglos geht es aber nicht an, „Unschuld [...] gegen Ohnmacht“ (Adamczak 2008, 45) zu tauschen.¹ Die Reanimation

1 Adamczaks Essay gehört sicherlich zu den wichtigsten, klügsten und auch intensivsten politischen Essays der letzten Jahre. Als solchen habe ich ihn an anderer Stelle (vgl. www.rote-ruhr-uni.com) bereits gewürdigt. In Hinblick auf unser Thema schreibt Adamczak allerdings – entgegen ihrer ureigensten Intention der Rettung der

eines imaginär-geglückten Kommunismus dient der Befreiung der Gegenwart von dessen realem Scheitern. Wer die Alternativen erinnert, muss auch fragen, wieso diese nicht Wirklichkeit wurden, wieso ihre Wege in eine andere Zukunft nicht betreten wurden, wieso sie scheiterten. Wenn es im Folgenden um zu diskutierende *Aspekte* einer vergessenen, von Kommunisten wie Antikommunisten verdrängten und bekämpften linken Kritik am Bolschewismus als historische Alternativen zum gescheiterten Kommunismus geht, so sind ihre *Probleme* daher zugleich präsent.

Wir sind Erben einer *untergegangenen* Epoche. Die Erinnerung an kommunistische und anarchistische Dissidenz dient daher weder der Etablierung einer Gegentradition, die über das Elend der Gegenwart abstrakt und unhistorisch hinweg hilft, noch zu einer Flucht in eine rosige Vergangenheit, die von ihrem realen Schrecken befreit. Die Erinnerung verdrängter Alternativen ist kein Schlüssel für die Zukunft und dient auch nicht der Verherrlichung einer vergangenen Epoche. Die Erinnerung ist allein der (verzweifelte) Versuch, die „geheime Verabredung zwischen den gewesenen Geschlechtern und unserem“ (Benjamin 1965, 79) einzuhalten, der darauf zielt, „im Vergangenen den Funken der Hoffnung anzufachen, der dadurch durchdrungen ist: *auch die Toten* werden vor dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein. Und dieser Feind hat zu siegen nicht aufgehört.“ (82) Der Weg zu dieser alternativen Vergangenheit und einer ihr entsprechenden Zukunft kann aber nur beschränkt werden, wenn zuvor die Vergangenheit, die unsere Gegenwart geworden ist, schonungslos angenommen wird, was auch Bedingung für die Wiedergewinnung einer anderen als der gegenwärtigen Zukunft ist: Wer am Kommunismus als Inbegriff radikaler Freiheit festhalten will, ihn zu aktualisieren versucht, wird der radikalen Unfreiheit des historischen Kommunismus nicht mehr entfliehen können und ein erdrückendes Erbe annehmen müssen, aus dem keine wie auch immer sich begründende (in)direkte Apologie, kein Taktieren und keine nominelle Umetikettierung zu entkommen helfen (vgl. Wallat 2009); mit dem Namen verschwinden ja keineswegs die mit ihm verbundenen Probleme. Das emanzipatorische Bewusstsein und sein Gedächtnis können nicht auf Verdrängung basieren: „Sowjetgeschichte ist eine Geschichte der Verluste. Sie beginnt mit den Menschen.“ (Plaggenborg 2006, 28)²

Revolution vor ihrer bolschewistischen ‚Rekuperation‘ – indirekt den Mythos einer Identifikation von Bolschewismus und Kommunismus fort, indem sie dessen häretische Fraktionen weitgehend unter den Tisch fallen lässt. Diese haben aber bereits zur Zeit der Revolution genau jene Probleme fokussiert, die auch von Adamczak einige Jahrzehnte später sehr intelligent, aber eben nicht völlig neuartig traktiert werden.

2 Die neo-leninistische Attitüde von Slavoj Žižek scheint mir daher als eine wenig reflektierte Provokation, die seine wichtigen Einsichten und Interventionen eher beschädigt, denn forciert. Das gilt auch für den sehr anregenden Essay *Maschinenwinter*.

Der historische Kommunismus ist eine vergangene Epoche *wie* auch dessen revolutionäre Kritik. Das Subjekt, das den Bolschewismus mit seinen linken Kritikern verband, ist verschwunden: die Arbeiterbewegung. Diese hat sich, wie Marx in analytischer Hinsicht darlegte (vgl. Elbe 2008, Ellmers 2007), politisch aber nicht wahrhaben konnte, als andere Seite des Kapitals erwiesen. Arbeit(er) und Kapital sind keine Antagonisten, sondern zwei sich bedingende Relata einer übergreifenden Relation: des Kapitalverhältnisses. Marx und alle folgenden Revolutionäre haben retrospektiv betrachtet den Sinn der vergangenen Arbeiterkämpfe letztlich missdeutet.³ Waren diese, was selten genug der Fall war, wirklich radikal, so waren es zumeist Abwehrkämpfe gegen das sich universalisierende Kapitalverhältnis. So brutal es auch klingen mag, führten die Kämpfe der Arbeiterbewegung über dieses Verhältnis nicht hinaus, sondern hinein; dienten seiner Modernisierung nicht zuletzt in Form der Anerkennung des Arbeiters als freien und gleichen Staatsbürger und der Schaffung (sozial-)staatlicher Regulation der kapitalistischen Ökonomie. Zugespitzt ließe sich sagen, dass die Arbeiterbewegung eine List des Kapitals war, sich von seinem vorbürgerlichen Erbe zu befreien und seinem Begriff gemäß zu gestalten. Keinesfalls ist mit dieser Übertreibung die Möglichkeit einer Revolution *a priori* ausgeschlossen, wie manch einer meint(e) folgern zu können.⁴ Dass diese jenseits nichtkapitalistischer Milieus (Russland, China etc.) ausblieb, ist aber auch kein Zufall: „Die Kritik der politischen Ökonomie unterstellt systematisch die gleichzeitige Durchdringung aller gesellschaftlichen Beziehungen durch das Wertgesetz. Soziale Revolutionen haben jedoch im zwanzigsten Jahrhundert nur unter Bedingungen stattgefunden, in denen gerade das Wertgesetz sich nicht gesamtgesellschaftlich durchgesetzt hatte.

Wissen, Technik, Sozialismus von Dietmar Dath: „Ein wirklich wissenschaftlicher Sozialismus für die Gegenwart hätte mit Marx soviel und so wenig zu tun wie die gegenwärtige Physik mit den Funden Maxwells und die gegenwärtige Biologie mit denen Darwins. Eine ganze Menge also, aber eben jeweils im überprüften (und immer neu zu prüfenden) Anwendungsbereich. Dasselbe gilt für Lenin, Luxemburg und alle anderen aus dem kleinen Kreis, den man im Osten ‚unsere Klassiker‘ nannte. Übers Verhältnis von Staat und Revolution etwa oder über die Frage des Parteiaufbaus wird man nicht leichtfertig etwas erfinden wollen, was Lenin widerspricht. Das heißt nicht, daß es verboten wäre, über ihn hinauszugehen“ (62), was wohl auch lächerlich wäre. M.E. nimmt auch Dath Lenin nicht wirklich ernst, sondern kokettiert, wie Žižek, vielmehr mit seinem Mythos, was im Endeffekt anti-aufklärerisch ist.

3 Dass nicht systemkonformes, sondern vielmehr revolutionäres Klassenbewusstsein unter den Bedingungen des entwickelten Kapitalismus nach den Erkenntnissen der marxischen Kritik der politischen Ökonomie erklärungsbedürftig ist, zeigt Siefert (1979, 182ff.).

4 Vgl. mittlerweile klassisch Breuer (1977). Detaillierte Kritik an dieser Position liefert Elbe (2008a, 546ff.).

[...]. Aus der Kritik der politischen Ökonomie läßt sich keine Revolution begründen, sondern nur die widersprüchliche Struktur einer Gesellschaftsverfassung begreifen. Ohne die massenhaft erfahrene Unerträglichkeit von Herrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung ist die Bildung eines historischen Subjekts nicht möglich.“ (Claussen 1982, 13f.)⁵

Aus dieser Tatsache hilft auch nicht der Verweis, dass unter formanalytischen Gesichtspunkten die Arbeiterklasse weltweit wächst und gerade auch in den Metropolen die Kategorie des Lohnarbeiters auf überwältigend viele Menschen zutrifft. Dass das Proletariat revolutionär sei, wurde und konnte ja nicht formanalytisch bestimmt werden, sondern entsprang einer industriesoziologischen Kategorisierung, die auf einem schon immer fragwürdigen geschichtsphilosophischen Fundament ruhte. Unter dem revolutionären Proletariat wurde stets eine Großgruppe von Menschen verstanden, die in Fabriken arbeitete und dort ihre kollektiven Erfahrungen sammelte. Aus ihrer Stellung im Produktionsprozess, der zum säkularen Absoluten avancierte, sollte ihnen ihr revolutionäres Potential zukommen. Dagegen sprach, wie gesagt, schon damals Einiges: „Die Erfahrung der Ohnmacht wird zur Voraussetzung, daß an die Stelle der Schreie, die durch die Qualen unmittelbarer Gewaltanwendung hervorgerufen werden, der ‚stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse‘ treten kann.“ (77f.) So oder so sind aber die Fabrikarbeiterinnen als dominante soziale Gruppe zumindest im Westen genauso Geschichte, wie der progressivistische Produktivismus seine Überzeugungskraft längst eingebüßt hat. Wir befinden uns daher wieder, wie der junge Marx, in einem Kapitalismus ohne Widerpart, allerdings vor dem Hintergrund seiner weltweiten Durchsetzung und des Scheiterns nichtkapitalistischer Alternativen. Der Abschied vom Mythos des Proletariats als revolutionärem Subjekt eines ökonomisch generierten Fortschritts ist folglich unabdingbar. An seine Stelle kann nur, wie beim vormarxistischen Marx, die ungewisse Utopie der Menschheit treten: Kommunismus nicht als historische Mission der Arbeiterklasse, sondern aus Gründen der Vernunft, die unteilbar ist.

5 Claussens wichtige Studie hebt sich nicht zuletzt durch ihre philosophiegeschichtliche und ökonomiekritische Fundierung wohltuend von einem akademischen Gewaltdiskurs ab, der durch einen abstrakten liberalen Normativismus geprägt ist, welcher sowohl den im sog. Deutschen Idealismus noch (unbewusst) reflektierten Zusammenhang von Arbeit, Gewalt und Fortschritt der Herrschaft verdrängt als auch die vermittelte Gewalt des liberalen Kapitalismus ausblendet. Die Vorgeschichte direkter Gewaltverhältnisse als dem Ausgangspunkt des kapitalistischen Privateigentums und des bürgerlichen Rechts werden von einem solchen unhistorischen Standpunkt, für den es, wie für jede bürgerliche Ideologie, keine Geschichte mehr gibt, im gleichen Maße negiert wie die spezifische Differenz zwischen reaktionärer und emanzipatorischer Gewalt, die Claussen treffend eruiert.

II

1932 konstatierte Arthur Rosenberg das Fehlen einer „Entwicklungsgeschichte der bolschewistischen Idee, von ihren Wurzeln in Karl Marx selbst, über die einzelnen Etappen Lenins hinweg, bis zur Taktik und Theorie Stalins“ (Rosenberg 1966, 46; vgl. Schäfer 2003). Der gleiche Sachverhalt lässt sich heute noch im Hinblick auf die Geschichte der Theorie und Praxis des anti-bolschewistischen Kommunismus festhalten, die ebenfalls bis auf Marx zurückgeht. In Bezug auf die Theorie sollen die vorliegenden Ausführungen diesem Mangel zumindest in Ansätzen Abhilfe verschaffen. Zentral ist dabei, dass nicht erst jene vielfältigen marxistischen Kritiken am Stalinismus im Mittelpunkt stehen (vgl. Beyerstedt 1987), die entweder zeitlich spät, ernüchert von der sowjetischen Realität, oder aber aus dem Binnenraum des Bolschewismus (vgl. Daniels 1962) selbst formuliert wurden: „Es gehört zur Tragik der antistalinistischen Opposition, die aus den Reihen des bolschewistischen Leninismus herausgewachsen ist, daß sie strukturell selbst ein Stück Stalinismus verkörpert, nach Ausmaß und Dichte zwar unterschiedlich, aber nicht im Prinzip. Sie war Befürworterin des politischen Terrors, der Parteidiktatur, der Ausschaltung der Opposition. So ist ein Großteil der Geschichte des Antistalinismus nichts weiter als die Geschichte loyaler Verlierer.“ (Buckmiller 2002, 83) Die wohl bekannteste Stalinkritik, die seines Kontrahenten Trotzki, spielt daher wie all die anderen Schattierungen innerbolschewistischer Kritik für die vorliegende Arbeit keine Rolle. Fokussiert werden vielmehr allein die Vertreter einer radikalen Bolschewismuskritik von links, die sehr zeitnah ihre bisweilen fundamentalen Einsprüche an der bolschewistischen Politik äußerten und diese keinesfalls auf Stalin beschränkten. Es handelt sich hierbei in der Mehrzahl um Vertreter des Rätekommunismus und Anarchismus, die sich zu Recht bereits massiv an Lenin abarbeiteten, war dieser doch der geistige Ahnherr des Bolschewismus. Unter *linker* Bolschewismuskritik werden dabei im Wesentlichen jene Strömungen kommunistischer und anarchistischer Provenienz verstanden, die mit den Bolschewiki den revolutionären Anspruch hinsichtlich der Überwindung bürgerlich-kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse sowie den Bruch mit dem Marxismus der Sozialdemokratie der II. Internationale teilten, das bolschewistische Befreiungsmodell in Theorie und Praxis aber vehement ablehnten.⁶ Von Interesse ist folglich die Geschichte

⁶ Hiervon wird aus zwei Gründen in Bezug auf Karl Kautsky eine Ausnahme gemacht: Zum einen hat Kautskys sehr frühe Kritik an der bolschewistischen Oktoberrevolution Lenin und Trotzki zu einer direkten Konfrontation gezwungen, zum anderen spielt Kautsky bekanntlich in Rosa Luxemburgs Kritik an Lenin eine Rolle, die zumeist wenig hinterfragt wird.

der innerrevolutionären Fundamentalkritik am Bolschewismus, und nicht der sozialdemokratische oder bürgerliche Antikommunismus, dessen Kritik am Bolschewismus stets eine Affirmation der bestehenden Verhältnisse (in der reformierten oder konservierten Form) mit einschloss.

Der Bolschewismus ist mehr, älter und etwas anderes als der Stalinismus⁷, in den er mündete. Gewiss ist es richtig, wie Gerd Koenen in seinem Essay *Was war der Kommunismus?* jüngst formulierte, dass auch die „siegreichen Bolschewiki“ durch „hinter ihren Rücken“ und „mit eigener Logik“ sich „vollziehenden Prozessen erst zu denen“ wurden, „die sie schließlich waren.“ (Koenen 2010, 14) Dennoch folgte auch die Politik der Bolschewiki, was Koenen nicht leugnet, selbst bereits einer inneren Logik, deren Rahmenbedingungen fraglos heteronom und äußerst widrig waren: Dass die wesentlichen Charakteristika der bolschewistischen Politik, die in die stalinistische Welt aus „Terror und Traum“ (Schlögel 2008) führte, – nicht allein, aber auch nicht zuletzt – im Denken Lenins selbst zu suchen und zu finden sind, ist eine Annahme, die der Autor mit den dargestellten linken Bolschewismuskritikern teilt und zu explizieren versuchen wird.

Das *systematische* (die ideengeschichtliche Darstellung anleitende) Erkenntnisinteresse ist hierbei, anhand der zu einem Gutteil vergessenen und verdrängten revolutionären Kritik an Lenin und seinen Genossen, der sich im Bolschewismus abspielenden Dialektik der (Konter-)Revolution auf den Grund zu gehen, indem sich in *die* Aporie der Emanzipation hinein bewegt wird: auf dem Boden der Herrschaft die Freiheit errichten zu müssen, ohne jene zu reproduzieren:

„In der Übergangsperiode zwischen Vorgeschichte und Geschichte macht sich diese Dialektik zwischen sich emanzipierendem historischen Subjekt und gesellschaftlicher naturwüchsiger Objektivität als List der Gewalt geltend. Die List der Gewalt ist ebenso wie die List der Vernunft mächtig, aber sie entbehrt der Weihe einer gesicherten vernünftigen Objektivität. Sie kann wirksam sein, wenn die alten Herren nicht mehr in der Lage sind, die Gewalt als Mittel zu kontrollieren. [...]. Zu den Erfahrungen des Übergangs von der Vorgeschichte zur Geschichte gehört als List der Gewalt aber auch die andere Seite, daß revolutionäre Gewalt gerinnt zu einer neuen Form der Herrschaft.“ (Claussen 1982, 19)⁸

⁷ Zum Stand der Stalinismusforschung vgl. Plaggenborg (1998), Weber/Mählert (2007) und Baberowski (2008).

⁸ Was Claussen mit dem Begriff der List der Gewalt stärker gesellschaftstheoretisch-sozialphilosophisch in den Blick nimmt, eben die spezifischen Aporien radikaler Emanzipation, wird von mir mehr politiktheoretisch-moralphilosophisch fokussiert,

Zur Diskussion steht insbesondere Lenins wirkmächtige Antwort auf diese Aporie und ihre linken Kritiken: Herrschaft auf dem Terrain der Herrschaft selbst zu schlagen, sie mit ihren eigenen Mitteln zu überwältigen, d.h. „Macht, hinter der *Gewaltsamkeit* steht“ (Weber 1992, 172), als die Essenz von Politik zu affirmieren.

Marx bestimmte 1848 in seiner Zeitungsartikelserie *Die Bourgeoisie und die Konterrevolution* das Wesen der Dialektik der (Konter-)Revolution dahingehend, dass diese sich dadurch auszeichnet, dass die antagonistischen Kräfte in der Revolution beide den Raum der Legalität verlassen: „Wir haben es nie verheimlicht. Unser Boden ist nicht der *Rechtsboden*, es ist der *revolutionäre Boden*. Die Regierung hat nun ihrerseits die Heuchelei des Rechtsbodens aufgegeben. Sie hat sich auf den revolutionären Boden gestellt, denn auch der *konterrevolutionäre* Boden ist *revolutionär*.“ (MEW 6, 102)⁹ In dieser Situation des Kampfes, so Marx' proto-leninistische Antwort Jahrzehnte später, sei es unbedingt erforderlich, „um der Brechung des Widerstandes der Bourgeoisie willen, dem Staate eine revolutionäre und vorübergehende Form zu geben“ (MEW 18, 300), d.h., mit Engels Worten, der proletarischen „Herrschaft Dauer verleihen durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionären einflößen.“ (308) Marx und Engels haben sich hiermit auf den Boden eines politischen Realismus gestellt, für den auch Lenin bis heute immer wieder bewundert wird. Auch wenn Marx und Engels uns im Folgenden nicht nur als quasi-leninistische Stichwortgeber, sondern auch als Repräsentanten einer Politik der Arbeiterselbstbefreiung begegnen werden, die im Grundsatz dem bolschewistischen Politikmodell widerspricht, so sind ihre Aussagen doch symptomatisch für die im Laufe des Textes immer wieder erscheinende, nicht suspendierbare Dialektik der (Konter-)Revolution: Man mag auf diese Art und Weise mit der Konterrevolution fertig werden, wieso sich die neue Herrschaft aber nicht verfestigen und verselbstständigen sollte, was historisch – für politische Realisten nicht unerheblich – stets der Fall war, wird nicht dargelegt. Die (politische) Reflexion auf die Zweck-Mittel-Frage als dem theoretischen Ausdruck der Dialektik des revolutionären Geschehens wird daher (auch bei Marx und Engels) bei Seite geschoben. Diese hätte aber zum Resultat, dass der politische Realismus selbstverständlich der Maßstab der Analyse des *status quo*, nicht aber emanzipatorischer Politik ist, die mit diesem bricht. Die Aporie der Revolution spitzt sich zu (einer Frage zu): Der bolschewistische Realismus

wobei die List der Gewalt als Dialektik der (Konter-)Revolution erscheint. Diese Differenz macht sich inhaltlich gerade an unserem eigentlichen Thema – dem Bolschewismus – geltend: Meine Beurteilung Lenins wird sehr viel negativer ausfallen als Claussens.

⁹ Vgl. zu Marx' damaligem Schaffen die Studie von Kluchert (1985).

konnte nur um den Preis der Selbstvernichtung der Revolution siegen. Kann es angesichts dieses Scheiterns überhaupt eine realistische Alternative geben, eine revolutionäre Politik, die mit den Prinzipien ihrer Gegner bricht und sich doch zu behaupten vermag?

III

Mein gleichsam *methodischer* Ausgangspunkt, der hier nicht weiter begründet, sondern bloß gesetzt wird, ist folgender: Wenn Philosophie, eine Bestimmung, die mir richtig zu sein scheint, „*ihre Zeit in Gedanken erfaßt*“ (Hegel 2000, 26) und dabei in der sie umfassenden Kontinuität der Geschichte steht, dann sind die wichtigsten politischen Texte Dokumente, welche die politischen Kämpfe ihrer Zeit erfassen, verarbeiten und auf den Begriff bringen. Die Konzentration auf solche Texte entspringt nicht der Missachtung von gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen, spezifischen Organisationsstrukturen oder von Diskursen in Zeitungen und Flugblättern. Dies alles sind legitime Gegenstände der Geschichte der Arbeiterbewegung und mögliche Perspektiven auf sie. Ihre Erforschung ist allerdings die Arbeit von Spezialisten, von Historikern, Organisationssoziologen und Diskursanalytikern. Ich schreibe aber nicht als Historiker oder Soziologe der Arbeiterbewegung, ob nun in Hinblick auf Ideengeschichte (vgl. Kolakowski 1977/79), Organisations- und Politikgeschichte (vgl. Brown 2009) oder sozialgeschichtliche Fragestellungen (vgl. Mallmann 1996), sondern als politischer Theoretiker und Philosoph. Wo es geht, muss dieser die empirische Detailforschung verarbeiten. Diese ersetzt aber nicht die Arbeit des Begriffs, die sich aus guten Gründen auf die Interpretation kardinaler Texte beschränken kann, sind diese doch selbst konzentrierter begrifflicher Ausdruck politischer Erfahrung. Als solche wichtigen geistigen Zeugnisse sind sie ein Schlüssel zum Verständnis der *gesamten* Geschichte, mit der sie fraglos *nicht* identisch sind.

Der Rückgriff auf die Geschichte ist dem Erkenntnisinteresse entsprechend kritischer Natur. In Anlehnung an Nietzsches Differenzierung der verschiedenen Arten von Geschichtsbetrachtung ließe sich sagen, dass das Monumentalische, einem herrschaftskritischen Blick an sich fremd, nur in Form der Erinnerung an Personen auftaucht, die es verdient haben, nicht vergessen zu werden; ein Denkmal, sie hätten es verabscheut, wird ihnen damit nicht gesetzt. Das Antiquarische ist integriert über die Erörterung von Texten, die weitestgehend, wie die ihnen zugrunde liegenden Kämpfe, vergessen sind: emanzipatorische Gedächtnis- und Erinnerungsarbeit. Diese ist aber nicht Selbstzweck, sondern dient der Schärfung des gegenwärtigen Bewusstseins. Dessen Basis ist, wofür die Quellen selbst Beleg sind, die Kritik, die nur dann nicht abstrakt und borniert ist, wenn sie die dialektische Vermittlung von

Gegenwart und Vergangenheit reflektiert. Wie die Gegenwart nur aus ihrem Gewordensein zu begreifen ist, so wird das Vergangene erst vom Resultat her verständlich. Kurzum: Das Historische dient einem systematischen Erkenntnisinteresse, das selbst geschichtlich vermittelt ist. Keine Arbeit des Begriffs ist jenseits der Geschichte: „Die objektive Gestalt des gegenwärtigen Bewußtseins steht in der Kontinuität des Denkens überhaupt [...]. Umgekehrt zeigt Vergangenes seinen Grund erst im Späteren [...]. Diese dialektische Verbindung von Vergangenenem und Gegenwärtigem ist nicht *factum brutum*, sondern gründet selbst in Reflexion.“ (Mensching 1992, 15)

In Hinblick auf die Auswertung der Forschungsliteratur bin ich nicht mit dem Anspruch einer möglichst vollständigen Sichtung angetreten. Vergangene politische Konstellationen haben in nicht wenigen Beiträgen ihren giftigen Niederschlag hinterlassen. Da gerade bezüglich auf die mich interessierenden Personen sowohl von parteikommunistischer als auch antikommunistischer Seite häufig in selbstverräterischer Einigkeit mit Denunziationen (Sektierer, Dogmatiker, Utopisten etc.) reagiert wurde, gehe ich gern die Gefahr ein, auch die eine oder andere wertvolle Studie übergangen zu haben, was selbstredend nicht intendiert war und, wenn es so sein sollte, bedauert wird. Ich werde bisweilen recht ausführlich die mir zentral erscheinenden Texte wiedergeben. Dies mag Kenner der Materie langweilen, ist aber der Erfahrung geschuldet, dass (gerade in der jüngeren Generation) kaum Vorkenntnisse vorhanden sind; von den Universitäten dürfte diesbezüglich am wenigsten zu erwarten sein. In den Bibliotheken Hannovers jedenfalls, an dessen Universität die Geschichte der Arbeiterbewegung einst fester Bestandteil der Forschungslandschaft war, ist die Literatur der Arbeiterbewegung in die Kellermagazine und Außenlager verbannt worden. Ausgeliehen wird sie nicht, soweit meine Beobachtung nicht täuscht. Was für meine Recherchen dienlich war, belegt schlagend, auf welch verlorenem Posten gekämpft wird. Daran zu erinnern, dass dies wenigstens in Ansätzen einmal anders war, dienen letztlich meine Ausführungen¹⁰: „Wenn wir untergehen sollten – was wahrscheinlich ist –, dann müssen wir uns derart verhalten, daß wir nicht untergehen, ohne existiert zu haben.“ (Weil 1975, 136)

¹⁰ Einige Resultate habe ich in einem Aufsatz zusammengefasst (2012). Die Ausführungen zu Simone Weil sind in leicht veränderter Form als Broschüre (2011) erschienen.

Lenins Politik- und Revolutionsmodell

Im Zentrum von Lenins politischem Denken steht einerseits die Frage nach der revolutionären Organisation, andererseits das Problem der Organisation der Revolution als zwei Seiten derselben Medaille: „Gebt uns eine Organisation von Revolutionären, und wir werden Rußland aus den Angeln heben!“ (LW 5, 483) Lenin hatte sich 1902 in die frühen Debatten um die Organisationsfrage revolutionärer Politik unter den Bedingungen des autokratischen Zarismus mit seiner Epoche machenden Schrift *Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung* eingemischt. Lenins Antwort auf diejenige Frage, welche auf dem zweiten (Exil-)Parteitag (30.7-23.8.1903) zur historischen Spaltung der russischen Sozialdemokratie führte, war die Schaffung einer Avantgarde von Berufsrevolutionären. Lenin nahm in *Was tun?* die Konzeption der Partei vorweg, die auf dem 2. Parteitag die Mehrheit (Bolschewiki) fand und die er von nun an mit aller Vehemenz gegen jede Kritik verteidigte.¹¹ Sein Kommentar zum 2. Parteitag *Ein Schritt Vorwärts, zwei Schritte zurück* (1904) stellt daher nicht zufällig eine polemische Zuspitzung seiner bereits formulierten Gedanken dar, die hier skizziert und vermessen werden sollen.

Partei und Revolution

Lenins *Was tun?* basiert auf einer sein gesamtes Denken auszeichnenden *konkreten* Analyse der Situation, in der sich Russlands Revolutionäre befinden: „eine abstrakte Wahrheit gibt es nicht, die Wahrheit ist immer konkret“ (LW 7, 373), schreibt Lenin an anderer Stelle. Auf der einen Seite sei diese Situation durch ein zersplittertes Zirkelwesen charakterisiert, das keine ernst zunehmende politische Kraft darstelle, auf der anderen sei die zaristische antidemokratische Autokratie derjenige Ausgangspunkt revolutionärer Anstrengungen, den es bei allen Überlegungen zu berücksichtigen gelte und der eine spezifische Differenz zu den Verhältnissen in Westeuropa markiere. Lenin beschreibt die bittere Lage, in der sich die revolutionären Kräfte des

¹¹ An dieser Grundtendenz ändern auch Aussagen wie die folgende nichts: „Der Grundfehler jener, die heute gegen ‚Was tun‘ polemisieren, ist der, daß sie dieses Werk völlig aus dem Zusammenhang mit einer bestimmten Situation, jetzt schon längst vergangenen Entwicklungsperiode unserer Partei herausreißen.“ (LW 13, 93) Und weiter: „‚Was tun‘ korrigiert polemisch den Ökonomismus, und es ist falsch, den Inhalt dieser Broschüre außerhalb dieser Aufgabe zu betrachten.“ (100)

zaristischen Russlands befinden sehr anschaulich: „Wir schreiten als eng geschlossenes Häuflein, uns fest an den Händen haltend, auf steilem und mühevollen Wege dahin. Wir sind von allen Seiten mit Feinden umgeben und müssen fast stets unter ihrem Feuer marschieren.“ (LW 5, 364) Unter solchen Bedingungen, so der zentrale folgenreiche Schluss, auf die Freiheit der Kritik zu pochen, sei illusorisch und letztlich opportunistisch. Lenin gibt als Bedingung einer im vollen Sinne demokratisch zu bezeichnenden Partei die Prinzipien der vollständigen „Publizität“, d.h. Öffentlichkeit, und die „Wählbarkeit der Funktionäre“ an. Der politische Analytiker und Revolutionär lehnt diese demokratischen Prinzipien nun nicht an sich, wohl aber als „hohle Phrase“ (495) im Hinblick auf die russische Situation ab. In der „Finsternis der Selbstherrschaft“, wo anstelle der freien Wahl die „Gendarmen“ die „Auslese“ (496) der revolutionären Führungskräfte übernehmen, sei die „breite Arbeiterorganisation mit breiten Wahlen, Berichten, allgemeinen Abstimmungen usw.“ (476) eine weltfremde und schädliche Utopie. Sie konterkariere die „erste und dringende praktische Aufgabe: *eine Organisation von Revolutionären* zu schaffen, die fähig ist, dem politischen Kampf Energie, Zähigkeit und Kontinuität zu verleihen“ (461).

Lenins Parteikonzept gewinnt seine Konturen mittels der Kritik am Spontaneismus, Trade-Unionismus und Ökonomismus sowie am verschwörerischen Terrorismus. Diese vermeintlich gegensätzlichen politischen Strömungen der Arbeiterbewegung teilen nach Lenin die Gemeinsamkeit, die Spezifik revolutionärer proletarischer Politik unter den Bedingungen der rückständigen zaristischen Despotie zu verkennen. Gegenüber der Beschwörung der Spontaneität der Massen einerseits und der ökonomistischen Reduktion der revolutionären Bewegung andererseits, unterstreicht Lenin die Bedeutung des Klassenbewusstseins. Während der Spontaneismus verkenne, dass die, von Lenin begrüßte, naturwüchsige Revolte „viel eher Ausdruck der Verzweiflung und Rache als *Kampf*“ (385) sei, übergehe der Ökonomismus das Politische als notwendige Bedingung der Revolution: das revolutionäre Handeln, das sehr viel umfassender sei als gewerkschaftlicher Kampf. Im Kontext seiner Kritik dieser spiegelverkehrten Ignoranz gegenüber der Spezifik revolutionärer Politik entfaltet Lenin seine Theorie der revolutionären Avantgarde, deren zwei zentrale Elemente das Problem des Klassenbewusstseins und die Frage nach den Aufgaben und Bedingungen revolutionärer kommunistischer Politik sind.

Lenins Theorie des Klassenbewusstseins, für die er damals noch die Autorität Kautsky bemüht, besagt bekanntlich, dass die „Arbeiter ein sozialdemokratisches Bewußtsein *gar nicht haben*“ können und es ihnen daher „von außen gebracht werden“ (385) müsse. Seine Skepsis rührt keineswegs von der überhaupt nicht thematisierten Problematik des Fetischcharakters der

kapitalistischen Produktionsweise¹², d. h. der spontanen Selbstverrätselung der sozialen Strukturen und Handlungen her, sondern beruht auf der Annahme, dass das Wissen über die tiefer liegenden politischen und ökonomischen Zusammenhänge schlicht und ergreifend in den Händen „der Intelligenz“ (386) liege. Das spontane Bewusstsein der Arbeiter verharre dagegen, ohne Einsicht in die bestimmenden Strukturen, im gewerkschaftlichen Streit um Arbeitslohn und Arbeitsbedingungen, sowie im punktuellen Kampf gegen einzelne Kapitalisten. Ohne die Intervention der revolutionären Avantgarde bleibt die Arbeiterbewegung folglich ein Gefangener der „bürgerlichen Ideologie“ (396). Der Verzicht auf revolutionäre politische Intervention in die spontanen Kämpfe der Arbeiter sei „daher *völlig gleichbedeutend mit dem Verzicht auf den Sozialismus*“ (396), der nur das Ergebnis klassenbewusster revolutionärer Politik sein kann. Sowohl Ökonomismus als auch Spontaneismus und Terrorismus kennzeichnet Lenin als Wege des „geringsten Widerstandes“, die in das Hort der (ideologischen) Übermacht des Bestehenden führen, die sich aus ihrem Alter naturwüchsig geniere und über ganz andere, überlegene „Mittel“ (397) zur propagandistischen Verbreitung verfüge: „Die Ökonomen und die Terroristen sind Anbeter verschiedener Pole der spontanen Richtung: die Ökonomen – der Spontaneität der ‚reinen Arbeiterbewegung‘, die Terroristen – der Spontaneität der leidenschaftlichsten Empörung der Intellektuellen, die es nicht verstehen oder nicht die Möglichkeit haben, die revolutionäre Arbeit mit der Arbeiterbewegung zu einem Ganzen zu verbinden.“ (431f.)

Lenin geht davon aus, dass der Arbeiter sich zwar angesichts der realen Erfahrung von Ausbeutung und Unterdrückung „*spontan* zum Sozialismus hingezogen fühlt“, er aber ohne ausgebildetes Klassenbewusstsein der ubiquitären bürgerlichen Ideologie unterlegen bleibe.¹³ Die proletarische Revolution ist

12 Dass Lenin die Thematik des Fetischismus ausblendete, verweist auf die in weiten Teilen vorkapitalistischen Ausgangsbedingungen der russischen Revolution. Diese waren immer noch stark von agrarischen Strukturen und direkten Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnissen geprägt. Dieses Dilemma, das Lenin politisch zu überwinden trachtete, wird von Claussen als spezifisches Charakteristikum der russischen Revolution herausgearbeitet (1982, 134ff.). Claussen zeigt prägnant die noch zu beleuchtende List der Gewalt auf, die diesen Umständen entsprang. Sein Versuch Lenins Politik-, Partei- und Revolutionsmodell allerdings als geradezu alternativlose und vernünftige Strategie darzustellen, ist nicht überzeugend; er vernachlässigt *genuin* leninsche Gedanken, die konstitutiver Bestandteil der Tragödie des Roten Oktobers sind und das Ihrige zur Explosion terroristischer Gewalt immanent und folgerichtig beigesteuert haben.

13 Zu Lenins im Sinne von Weltanschauung verwendeten Ideologiebegriff vgl. Rehmann (2008, 56-58).

für Lenin zweifelsfrei *nicht* die Revolution der intellektuellen Avantgarde *für* die Arbeiter. Auch für den russischen Revolutionär gilt tendenziell, dass die Emanzipation der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann – allerdings von Arbeitern die *qua* revolutionärer Bildung in und durch die Partei ihr spontanes, beschränktes Bewusstsein bereits überwunden haben. Die Rolle der Revolutionäre besteht somit darin „eine stetige und kontinuierliche Organisation zu schaffen, die fähig wäre, die ganze Bewegung zu *leiten*“ (409) und die spontane Bewegung in eine bewusste, straff organisierte dauerhafte Kraft zu verwandeln. Die Partikularität des Arbeitskampfes werde erst überwunden durch die universelle politische Intervention, die dem gewerkschaftlichen Kampf nicht „*von innen heraus*“ entspringe: „Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, sind die Beziehungen *aller* Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, sind die Wechselbeziehungen zwischen *sämtlichen* Klassen.“ (436) Nur so werde jenes „Gesamtbild der Polizeiwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung“ (437) sichtbar, das dem entwickelten Klassenbewusstsein zugrunde liegt.

Dieses Gesamtbild der Totalität der Herrschaft ist das zentrale Argument für Lenins Parteikonzeption, die in ihrer welthistorischen Bedeutung durchaus mit der für die Geschichte des Abendlandes zentralen Innovation der „christlichen Klosterkultur“ (Hobsbawm 1999, 103) zu vergleichen ist, wie einer urteilt, der es nicht zuletzt aus eigener Erfahrung wissen muss. Um dem Polizeiapparat, dem Spitzelwesen und dem Staatsterrorismus Paroli bieten zu können, müssen die Kämpfenden zu politisch wie taktisch allseitig gebildeten Berufsrevolutionären sich transformieren, womit die „Frage der Wechselbeziehung der Organisation der Berufsrevolutionäre und der reinen Arbeiterbewegung“ (LW 5, 466) angeschnitten ist. Der Berufsrevolutionär, der sich nach Möglichkeit im zunehmenden Maße aus der Arbeiterschaft rekrutiert, sei ein neuer Typus der Einheit von Theorie und Praxis, der den „*Unterschied zwischen Arbeitern und Intellektuellen*“ (468) überwinde. Das Fundament auf dem der Berufsrevolutionär entstehe, sei die Partei neuen Typs: eine konspirative „Führerorganisation“ (480), die straff organisiert ist und nur solche Mitglieder hat, die sich „berufsmäßig mit revolutionärer Tätigkeit befassen“ (481). Nur eine solche Organisation könne der revolutionären Bewegung die notwendige „Kontinuität“ verleihen, die „politische Polizei“ (481) wirkungsvoll bekämpfen und somit gerade der Masse es ermöglichen, als Basis der Avantgarde am Kampf teilzunehmen. Lenin geht dabei nicht nur davon aus, dass Konspiration, autoritäre Disziplin und Führung für den Erfolg der revolutionären Bewegung angesichts der politischen Wirklichkeit notwendig sind, sondern auch dass diese Konzeption der Partei als Avantgarde eine Dialektik begründet, die nicht zu einer Scheidung von Führenden und Geführten, sondern zu ihrer sich gegenseitig durchdringenden Mobilisierung

und Verschmelzung führt: „Eine breite Organisation werden wir nie auf die Höhe bringen können, ohne die von einem zähen und kontinuierlichen Kampf gegen die Regierung keine Rede sein kann. Die Konzentrierung aller konspirativen Funktionen in den Händen einer möglichst geringen Zahl von Berufsrevolutionären bedeutet keineswegs, daß die Berufsrevolutionäre ‚für alle denken werden‘, daß die Menge keinen tätigen Anteil an der *Bewegung* nehmen wird. Im Gegenteil, die Menge wird diese Berufsrevolutionäre in immer größerer Anzahl hervorbringen, denn die Menge wird dann wissen, daß es nicht genügt [...] ein ‚Komitee‘“ (482) zu bilden, um die Revolution zu machen. Die „Zentralisierung der konspirativen Funktionen der *Organisation* bedeutet keineswegs die Zentralisierung aller Funktionen der *Bewegung*“ (482), wie hiermit auch keine „*Einengung* des politischen Kampfes zu einer Verschwörung“ (492) intendiert sei.

Man sieht, dass Lenin mit seiner Agitationsschrift *Was tun?* mehrerlei Intentionen verfolgt: Die Darstellung der Möglichkeiten revolutionärer Politik unter den Bedingungen der zaristischen Autokratie, die hieraus sich ergebende Konzeption einer konspirativen und hierarchischen Partei der Berufsrevolutionäre sowie die Bestimmung des explizit politischen Kerns eines revolutionären Kommunismus gegenüber Syndikalisten, Reformisten und Terroristen. Im Zentrum steht die Problematik der Möglichkeit und Notwendigkeit der Entstehung revolutionären Bewusstseins als der *conditio sine qua non* der Revolution. Lenin hat zweifelsohne den politischen Realitätssinn auf seiner Seite. Die durchaus bestechende Analyse der konkreten Situation spricht genauso für ihn, wie das Insistieren auf der Bedeutung des Politischen und des Bewusstseins der Bewegung. Zudem wird deutlich, dass Lenin die Arbeiter nicht als Objekte der Politik intellektueller Revolutionäre begreift. Ziehen wir allerdings Lenins *Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück* hinzu, eine Schrift, die luzide Kritik am bolschewistischen Parteien- und Revolutionsmodell herausforderte, wird jener elitäre wie autoritäre Einschlag überdeutlich, der in *Was tun?* bereits unverkennbar angelegt war, und in der Praxis dann diejenige Dominanz, Zentralität und Dynamik annahm, die in das Scheitern des Roten Oktobers sowie die terroristischen Exzesse der Sowjetunion involviert waren.

Lenins *Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück* lässt vor dem Hintergrund des Sieges gegenüber den Menschewiki gleichsam die Katze aus dem Sack: „Jetzt sind wir eine organisierte Partei geworden, das bedeutet, eine Macht zu schaffen, die Autorität der Ideen in eine Autorität der Macht zu verwandeln und die unteren Parteikörperschaften den höheren unterzuordnen.“ (LW 7, 370) In historischer Kostümierung führt Lenin den Kampf gegen den Opportunismus fort, wenn er das unbestechliche Pochen auf den „absoluten Wert der demokratischen Forderungen“ (387) als Girondismus geißelt. Dieser klammere sich angesichts der unbeschränkten Macht der jakobinisch-bolsche-

wistischen Diktatur des Proletariats feige an Prinzipien, deren konsequente Befolgung die revolutionäre Vernichtung des Klassenfeindes zu einem bloßen Wunschtraum degradieren würde. Gegenüber den liberalen Zauderern und dem intellektuellen „Edelarchismus“ (395) betont Lenin, dass das Proletariat „keine andere Waffe im Kampf um die Macht als die Organisation“ (419) besitze und dass daher die „Form“ der Organisation nicht „weniger wichtig sei als der Inhalt“ (393): „Das trifft zu, denn die organisatorischen Formen waren und sind, weil es sich um die Organisation sozialer Beziehungen handelt, regelmäßig von entscheidender Bedeutung“ (Schäfer 1994, 64) – was sich im Verlauf der Russischen Revolution *ex negativo* bestätigen sollte.

Die Spezifik der Organisationsform des revolutionären Proletariats macht Lenin unmissverständlich deutlich: Die bolschewistische Partei ist eine an der Fabrikdisziplin geschulte und von oben nach unten hierarchisch zentralisierte „Armee der Arbeiterklasse“ (LW 7, 420). Lenin gibt die Marschrichtung der militarisierten Partei vor: „in dem Maße, wie sich bei uns eine wirkliche Partei herausbildet, muß der klassenbewußte Arbeiter lernen, die Mentalität eines Soldaten der proletarischen Armee von der Mentalität eines bürgerlichen Intellektuellen zu unterscheiden“ (399). De facto impliziert dies die Vernichtung basisdemokratischer Bestrebungen zugunsten eines „Zentralismus“, der nicht wie jener girondistische oder anarchistische Opportunismus „von unten nach oben“ organisiert, sondern konsequent „von oben“ her zu strukturieren ist, so dass die „Vollmachten der Zentralstelle gegenüber dem Teil“ (401) hierarchisch verbürgt sind – „strengste Zentralisation und Disziplin“ (LW 31, 29), wie er Jahre später den von ‚Kinderkrankheiten‘ heimgesuchten Kommunisten entgegenschleudert. Lenin wischt mit einem theoretischen Gewaltstreich alle Bedenken gegenüber einer Organisation aus dem Weg, deren Vorbilder und Strukturen unverblümt anti-emanzipatorischer Provenienz sind:

„es überwiegen unschuldige pathetische Deklamationen über Selbstherrschaft und Bürokratismus, über blinden Gehorsam, über Schräubchen und Rädchen [...]. Aber – je weiter in den Wald, um so dichter die Bäume: die Versuche, den verhaßten ‚Bürokratismus‘ zu analysieren und genau zu definieren, führen unvermeidlich zum Autonomismus, die Versuche zu ‚vertiefen‘ und zu begründen, führen unweigerlich [...] zur girondistischen Phrase. Schließlich erscheint auf der Bildfläche als das einzige [...] hervortretende Prinzip [...] das Prinzip des *Anarchismus*. Verspottung der Disziplin – Autonomismus – Anarchismus, das ist die Stufenleiter, an der unser organisatorischer Opportunismus bald hinauf, bald hinunter klettert [...]. Genau dieselbe Abstufung kann man auch am Opportunismus [...] beobachten: Verspottung der ‚Orthodoxie‘, der Rechtgläubigkeit, der

Beschränktheit und Unbeweglichkeit – revisionistische ‚Kritik‘ und Ministerialismus – bürgerliche Demokratie.“ (LW 7, 409f.)

Dass auf Lenins theoretische Liquidierung der verspotteten Kritik an einem Emanzipationsmodell, das sich mit aller Radikalität und Gewalt autoritärer Mittel und Strukturen bedient, im post-revolutionären Russland deren praktische Umsetzung folgte, ist nicht allein den Zwängen und keineswegs frei gewählten Umständen der Revolution zuzuschreiben oder allein auf das Konto der weißen Konterrevolution zu verbuchen. Konsultiert man neben Lenins Parteikonzept zudem noch seine Staats- und Demokratietheorie sowie seinen Gewalt- und Geschichtsbegriff, so wird vielmehr deutlich, dass die spätere Gewaltpolitik konsequenter Ausdruck des bolschewistischen Revolutionsmodells ist – auch wenn Lenin selbstredend weder Urheber der in Revolution und Bürgerkrieg explodierenden Gewalt war, noch dass diese, so wenig wie der spätere stalinistische Staatsterror, idealistisch aus dem Denken des Revolutionärs abgeleitet werden kann.

Staat und Diktatur

Aufschlussreich ist Lenins berühmte, im Revolutionsjahr verfasste Schrift *Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution*. Slavoj Žižek hat in seinem postmodernen Versuch zur Reanimation des politischen Erbes Lenins das besondere Moment der Schrift, das noch heute den Leser erfasst, als extreme „existentielle Anteilnahme“ und „*Drängen des Augenblicks*“ (Žižek 2002, 9)¹⁴ beschrieben, die durch eine reale Naherwartung der Revolution im Angesicht des Schreckens des 1. Weltkrieges generiert wurde: „Man kann das explosive Potential von *Staat und Revolution* gar nicht hoch genug einschätzen“ (10), da hier sowohl der unmittelbar bevorstehende Versuch eines radikalen Bruchs mit der alten Herrschaft als auch die harte Arbeit am Aufbau der neuen Ordnung antizipiert werde. Die konkrete revolutionäre Praxis und ihr ungeheuerlicher Aufbruch in das Neue werden gleichsam fassbar. Diese Charakterisierung einer politischen Kampfschrift, deren Bedeutung wohl nur mit der des *Kommunistischen Manifest* vergleichbar ist, scheint mir nicht weniger treffend als ihr Ruf be-

14 Žižeks Ausführungen sind produktiv und provokativ. Leider sind sie nicht frei, von gerade derjenigen postmodernen politischen Willkür, die Žižek und prominente Mitstreiter (vgl. Budgen u.a. 2007) im Rückgang auf Lenin überwinden wollen (vgl. Plaggenborg 2003). Žižeks jüngste Ehrenrettung der Diktatur des Proletariats (vgl. 2009, 239ff.) erscheint mir abermals als ein belangloser philosophischer Flirt mit einem zumindest bei Lenin sehr konkreten Begriff, der letztlich verwässert wird.

rechtigt, (scheinbar) ein Korrektiv zur dargestellten Parteitheorie abzugeben: Die Kritik am Staat klingt radikal: „Solange es einen Staat gibt, gibt es keine Freiheit. Wenn es Freiheit geben wird, wird es keinen Staat geben.“ (LW 25, 482) Der Gedanke der Selbstorganisation der proletarischen Sowjets und eine Verteidigung der Anarchisten gegenüber den staatstümelnden Reformisten sind virulent. Freilich ist Lenin unmittelbar vor der Oktoberrevolution nicht in's libertäre Lager desertiert. Bei genauer Lektüre der Schrift werden vielmehr Kontinuitäten in seinem Denken genauso sichtbar wie sich fundamentale Probleme und Schwächen seiner politischen Theorie zu erkennen geben. An Lenins Begriffen von Staat und Herrschaft, Demokratie und Diktatur sowie Revolution und Gewalt gilt es dies näher zu explizieren.

Lenin begreift den Staat als *Instrument der Repression*, als Maschine der Herrschenden zur Unterdrückung der Beherrschten, dessen Grund in der Klassenspaltung der Gesellschaft zu suchen sei: „Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der *Unversöhnlichkeit* der Klassengegensätze.“ (398) Seine Aufgabe sei es mittels Gewalt die herrschende Ordnung der „Ausbeutung“ (415) aufrecht zu erhalten: „ein Organ der *Klassenherrschaft*, ein Organ zur *Unterdrückung* der einen Klasse durch die andere“ (399). Seine „Macht“ beruhe auf „über die Gesellschaft gestellte und sich ihr entfremdete Formationen bewaffneter Menschen“ (Polizei, stehendes Heer), die zudem auf „Gefängnisse und anderes“ (401) zurückgreifen können, um ihrer Aufgabe der Unterdrückung nachzugehen: „Schmarotzer, die aus den inneren Widersprüchen, die diese Gesellschaft zerklüften, entstanden sind“ (420). Gegenüber diesen zentralen Wesensmerkmalen des Staates sei die Regierungsform akzidentuell: „jeder Staat“ ist „unfrei“ und „auch in der allerdemokratischsten Republik“ herrscht nichts als „Lohnsklaverei“ (410), Demokratie „nur für die Reichen“ (474). Freiheit sei in der bisherigen Geschichte der Klassengesellschaften daher immer nur die gleiche falsche „Freiheit für die Sklavenhalter“ (474) gewesen. Demokratie ist für Lenin erst einmal „nur *formale* Gleichheit“ und eine „Staatsform“, die, wie jede andere, vorrangig eine „organisierte, systematische Gewaltanwendung gegenüber Menschen darstellt“ (486).

Lenins Staatstheorie ist ersichtlich eine nahezu idealtypische Variante dessen, was Michel Foucault (vgl. 2010, 20ff.) als juridisches Machtverständnis kennzeichnete und die für weite Teile der Tradition politischer Theorie und Philosophie maßgeblich ist: Herrschaft vom staatlichen Souverän her zu begreifen und Politik auf gewaltsam-repressives Handeln zu reduzieren. Lenins Ausführungen sind vor dem Hintergrund des autokratischen Zarismus und einer in weiten Teilen vormodernen und -kapitalistischen Gesellschaft wie der Russlands durchaus verständlich und haben ihre nicht zu verleugnenden realistischen Aspekte. Dennoch wird deutlich, dass Lenins Bestimmungen in mehrerlei Hinsicht wenigstens unterkomplex, wenn nicht gar *in toto* ver-

kehrt sind, was theoretische wie praktische Folgen mit sich bringt. Lenins herrschaftssoziologische Bestimmung des Staates unterschlägt die zentrale formanalytische Differenz zwischen dem modernen kapitalistischen Staat und den vorkapitalistischen Herrschaftsverbänden. Zum einen ist es sachlich wie historisch wenn nicht falsch, so doch in die Irre führend, letztere mit dem Begriff des Staates zu versehen. Gravierender als diese unhistorische Äquivokation ist aber – Lenin tritt schließlich als marxistischer Theoretiker auf, der allerlei Missverständnisse beseitigen will – dass die Formspezifik des kapitalistischen Staates wie sein Verhältnis zu Recht und Demokratie unberührt bleibt. Dass der kapitalistische Staat kein unmittelbares Instrument der herrschenden Kapitalistenklasse ist und nicht in der Funktion der Repression aufgeht, sondern er eine *außerökonomische* Gewalt darstellt, die der fundamentalen formationsspezifischen Verdoppelung der Gesellschaft in Gesellschaft und Staat entspringt, deren Charakteristikum die *Trennung* von politischer und ökonomischer Herrschaft darstellt, davon erfahren wir bei Lenin nahezu nichts. Gleiches gilt für die Sachverhalte, dass moderne Herrschaft abstrakte Formen annimmt und rechtlich vermittelt ist, dass Demokratie mehr ist als eine Herrschaftsform unter anderen und dass ihre Freiheit und Gleichheit weder Trug sind, noch in Widerspruch zu den basalen kapitalistischen Verkehrsformen stehen: „Da Lenin es nirgendwo unternimmt, die *spezifische Form* staatlich regulierter Klassenherrschaft in der kapitalistischen Produktionsweise zu erklären, muss ihm auch der immanente Zusammenhang des Klasseninhalts mit dieser Form – der öffentlichen, mittels abstrakt-allgemeiner Gesetze herrschenden, außerökonomischen Zwangsgewalt – entgehen.“ (Elbe 2008a, 369)¹⁵

15 Vgl. auch die Studie von Schissler (1976, 121ff.). Dieselben Probleme ließen sich auch an Lenins Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und des Imperialismus aufzeigen. An die Stelle von Wertgesetz und Weltmarkt tritt die unmittelbare Herrschaft der Monopole und Trusts, die mit Hilfe der Usurpation des Staates die Welt in imperialistischer Form unter sich aufteilen. Lenin bestimmt die Epoche des Imperialismus durch folgenden ökonomischen Wandel: „1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf Basis dieses ‚Finanzkapitals‘; 3. der Kapitalexport, im Unterschied zum Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet.“ (LW 22, 270f.) Letztlich ist es die aus dem sog. Konkurrenzkapitalismus erwachsene „Finanzoligarchie, die ein dichtes Netz von Abhängigkeitsverhältnissen über ausnahmslos alle ökonomischen und politischen Institutionen der modernen bürgerlichen Gesellschaft spannt“ (305). Dies sei ein „sterbender Kapitalismus“ (307),

In welchem Maße der zentrale formanalytische Zusammenhang von politisch-rechtlicher Freiheit/Gleichheit und ökonomischer Unfreiheit/Ungleichheit, von Kapitalismus, Staat und Demokratie verkannt wird, erscheint besonders deutlich an Lenins personalistisch zentrierter, trugtheoretischer Kritik an der bürgerlichen Demokratie. In seiner Hetzschrift *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky* (1918), deren zentrales Thema die vehemente Verteidigung der terroristischen Diktatur des Proletariats gegenüber dem von Kautsky errungenen „Weltrekord in der liberalen Entstellung von Marx“ (LW 28, 240) darstellt, bezeichnet er die „bürgerliche Demokratie“ als „eng, beschränkt, falsch und verlogen, ein Paradies für die Reichen, eine Falle und Betrug für die Ausgebeuteten“ (241). Die demokratischen Schutzrechte gelten angeblich nicht nur allein für die „bürgerlichen“ Parteien, während das Proletariat einem permanenten „Belagerungszustand“ (244) ausgeliefert sei, sondern sie wären über entsprechende „Hintertürchen und Klauseln“ (243) in der Verfassung sowieso nur Makulatur bzw. Täuschung der beherrschten Klasse; „Börse und Bankiers“ hätten sich zudem – mit fortschreitender Demokratisierung – die „bürgerlichen Parlamente“ nur „um so vollständiger“ (244) unterworfen. Letztlich endet Lenins Kritik damit, zu konstatieren, dass zwischen den demokratischen Phrasen und der Wirklichkeit ein „schreiende[r] Widerspruch“ bestehe, zwischen der „formalen Gleichheit“ und den „Tausenden tatsächlicher Begrenzungen und Manipulationen“ (245)¹⁶: „In der bürgerlichen Demokra-

der durch Verschmelzung von ökonomischer und politischer Gewalt gekennzeichnet sei: „Das Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt – das ist das Typische für die ‚jüngste Entwicklung‘“ (211). Dass diese Analyse sich nicht mit der marxischen *Kritik der politischen Ökonomie* verträgt, hat Margaret Wirth (1973) gezeigt. Vgl. Neusüß (1972).

16 Bini Adamczak hat auf einen spezifischen „Modus der Kritik“ (2010, 79) in der Argumentation der Bolschewisten aufmerksam gemacht, der auf den „Widerspruch zwischen Ideal und Realität“ (78) in nietzscheanischer Manier abhebt. Dieser Modus sei weder jener der verkürzten Kritik, die an der empiristisch-personalistischen Oberfläche der Strukturen hängen bleibe, noch der der reproduktiven Kritik, die selbst das Kritisierte letztlich bestätige (z.B. Kritik am Kapital als Verherrlichung der Arbeit), sondern die „aufdeckerische Kritik“ (79). Diese erkläre die Erscheinung zum Trug und die vermeintlich nackte Wahrheit des Wesens als das, was es zu realisieren gelte. Von dort her rühre auch Lenins unbestreitbare Offenheit in Bezug auf die diktatorisch-terroristische Funktion der Räte-demokratie: „Es handelt sich hier um eine konsequente Ideologiekritik, die eine Identität von Erscheinung und Wesen anstrebt. Im Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie, die sich als Demokratie verkleidet, zeigt sich der proletarische Zwang nackt.“ (80) Dies ist zutreffend, wobei evidenterweise auch die beiden anderen Formen der Kritik für Lenin konstitutiv sind. Schief ist hingegen die weitere Argumentation von Adamczak, dass es der „Idealismus“ sei, dem zu seinem Recht verholpen werden müsse: „nicht das sie eine Lüge ist, ist an der Behauptung

tie werden die Massen von den Kapitalisten mit tausenderlei Kniffen, die um so raffinierter und wirksamer sind, je entwickelter die ‚reine Demokratie‘ ist, von der Teilnahme an der Regierung [...] abgehalten.“ (245f.)

Lenin konfundiert den sozio-ökonomischen Inhalt von Klassenherrschaft mit der politischen Form derselben. Die verschiedenen „Regierungsformen“ im Kapitalismus“ seien immer „nur Spielarten des bürgerlichen Staates, d.h. der *Diktatur der Bourgeoisie*“ (236). Staat und Demokratie werden unab-

der Demokratie zu kritisieren, sondern dass sie nicht wahr ist.“ (80). Eine immanente Kritik ist, wie Marx deutlich macht, noch ein anderer Modus. Diese erkennt den notwendigen Zusammenhang von Wesen und Erscheinung; dass diese nicht Trug ist und dass beide nicht ohne einander zu haben sind – Einheit vermeintlicher Gegensätze. Die immanente Kritik zielt also weder auf die abstrakte Negation der Erscheinung, die eben nicht bloßer Trug ist, noch auf deren Verwirklichung, sondern auf die Aufhebung des für Wesen wie Erscheinung konstitutiven Zusammenhangs. Der neue Zustand wäre mithin ein wirklich anderer. Der Kommunismus ist nicht die Verwirklichung der bürgerlichen Ideale und der Demokratie, sondern ihre Transzendierung. „Der in der Circulation entwickelte Tauschwerthprozess respektirt daher nicht nur die Freiheit und Gleichheit, sondern sie sind seine Producte; er ist ihre reale Basis. Als reine Ideen sind sie idealisierte Ausdrücke seiner verschiedenen Momente [...]. Sie realisirten sich erst in der modernen bürgerlichen Gesellschaft. [...] Es ergibt sich daher der Irrtum jener Socialisten [...], die den Socialismus als Realisation der von der französischen Revolution nicht entdeckten, sondern historisch in Umlauf geworfnen bürgerlichen Ideen nachweisen wollen, und sich mit der Demonstration abmühen, daß der Tauschwerth ursprünglich [...] ein System der Freiheit und Gleichheit aller, aber verfälscht worden sei durch Geld, Capital etc. [...] Das Tauschwerthsystem und mehr das Geldsystem sind in der That das System der Freiheit und Gleichheit. Die Widersprüche aber, die bei tieferer Entwicklung erscheinen, sind immanente Widersprüche, Verwicklungen dieses Eigenthums, Freiheit und Gleichheit selbst; die gelegentlich in ihr Gegenteil umschlagen. Es ist ein ebenso frommer wie alberner Wunsch, daß z.B. der Tauschwerth aus der Form von Waare und Geld sich nicht zu der Form des Capitals oder die Tauschwerth producierende Arbeit sich nicht zur Lohnarbeit fortentwickeln soll“ (MEGA II/5, 60f.). In dieser Ausführung konkretisiert sich nicht nur die Kritik an der „Illusion“, ein „Verbesserungsideal“ einführen zu wollen, welches „selbst nichts anderes ist als der Reflex der gegenwärtigen Welt“ (MEW 4, 105), sondern scheint darüber hinaus auch die Perspektive menschlicher Emanzipation auf, die jenseits der „moderne[n] Mythologie mit ihren Göttinnen der Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und fraternite“ (MEW 34, 303) zu situieren ist, ohne diese indessen, wie bei den Bolschewisten, abstrakt zu negieren. Marx sieht in den bürgerlichen Werten der Freiheit und Gleichheit ihr repressives Erbe. Befreite Individuen wären jenseits dieser Subsumtion des Nichtidentischen unter das freie und gleiche Subjekt: „Befreit wäre das Subjekt erst als mit dem Nichtich versöhntes, und damit auch über der Freiheit, soweit sie mit ihrem Widerpart, der Repression verschworen ist.“ (Adorno 1997, 297)

hängig ihrer konkreten Formen zu personalistisch verfassten Instrumenten der Klassenknechtung erklärt, womit der spezifisch kapitalistische Modus der Herrschaft sowie die Spezifik des Klassencharakters des bürgerlichen Staates und seiner Demokratie verkannt werden¹⁷: Herrschaft hat sich in der kapitalistischen Gesellschaft „selbst verdoppelt“ (Blanke u.a. 1975, 423) in abstrakte Herrschaft des kapitalistischen Verwertungsprozesses bzw. der Produktionsbedingungen über die Produzenten und den politischen Staat. Konstitutiv für diese Verdoppelung der Herrschaft ist, dass sie vermittelte und indirekte Formen annimmt. Während die kapitalistische Ökonomie (idealitas) frei von direkten Zwangs- und Gewaltverhältnissen ist – „Gewalt von keiner Seite“ (MEW 42, 170) – und die ökonomisch herrschende Klasse nicht auch über politische Herrschaftsbefugnisse verfügt, nimmt die politische Gewalt im modernen Staat die Rechtsform an, welche alle Gesellschaftsmitglieder als freie und gleiche Rechtssubjekte konstituiert, um ihren Verkehr als besondere und vereinzelte Privateigentümer abstrakt zu vermitteln. Die Gewalt verschwindet dabei nicht, sondern nimmt gegenüber ihrer willkürlichen und terroristischen sowohl eine strukturelle als auch eine diese flankierende rational-berechenbare Form an. Weder ist die bürgerliche Gesellschaft eine gewaltlose Vergesellschaftungsform noch ist der Staat eine neutrale politische Form, die sich autonom gegenüber der kapitalistischen Ökonomie verhält. So, wie der Kapitalismus allein diejenige Gewalt nicht verträgt, die seine Verkehrsformen beeinträchtigen, so ist der moderne Staat zwingend und unabhängig von seiner konkreten Regierungsform, d.h. auch als demokratisch rechtsstaatlich verfasster Sozialstaat, ein Klassenstaat. Der ‚Staat des Kapitals‘ (J. Agnoli) ist nicht Klassenstaat, weil er Instrument der herrschenden Klasse oder gar im Besitz ihrer führenden Fraktionen ist, sondern weil er die materielle „Vergegenständlichung eines strukturellen Klassen- und Ausbeutungsverhältnisses ist. Bestandsfähig ist er nur so lange, als der ökonomische Reproduktionsprozess als Kapitalverwertungsprozess gewährleistet bleibt.“ (Hirsch 2005, 26) Was immer auch seine konkrete Regierungsform und sein institutionelles Arrangement sei, es ist die Funktion des modernen Staates als Monopolist der legitimen Gewaltanwendung und ‚Friedensstifter‘ der bürgerlichen Gesellschaft, den kapitalistischen Verwertungsprozess aufrechtzuerhalten und somit „zugleich soziale Klassenverhältnisse“ (Schäfer 2006, 177) zu reproduzieren.

17 Vgl. zum Folgenden ausführlich Wallat 2012a. Damit ist freilich weder behauptet, dass es die von Lenin beschriebenen Phänomene nicht gibt, noch dass diese gleichsam bloß vormoderne Relikte seien. Sie sind aber nicht die *konstitutiven* formanalytischen Merkmale, welche die *Spezifik* der kapitalistischen Totalität ausmachen.

In Bezug auf den Zusammenhang von Kapitalismus, Demokratie und bürgerlicher Freiheit/Gleichheit wird Lenins Rückfall hinter die konstitutiven Einsichten der marxischen *Kritik der politischen Ökonomie* in eine empiristische formunspezifische, undialektisch inhaltfixierte Herrschaftssoziologie überdeutlich. Wir erinnern uns: Als „Repräsentanten von Waren und daher als Warenbesitzer“ (MEW 23, 100) besteht formell „kein Unterschied“ (MEW 42, 167) zwischen den Austauschenden als „Personen“, die sich „wechselseitig als Privateigentümer anerkennen“ (MEW 23, 99). Als Austauschende von Äquivalenten „ist ihre Beziehung daher die der *Gleichheit*“ (MEW 42, 167). Sie gelten im Tausch als „Gleichgültige“, unabhängig von ihren „sonstigen individuellen Eigenheiten“ (168). Ihre „natürliche Verschiedenheit“ spielt nur insofern eine Rolle, als dass die Verschiedenheit der Bedürfnisse und der Produktion „den Anlaß zum Austausch“ (168) geben. Hier kommt das Moment der „Freiheit“ (169) ins Spiel. Der wechselseitigen Anerkennung als Person inhäriert der staatlich gesicherte Verzicht darauf, „sich des Eigentums des andren mit Gewalt“ (169) zu bemächtigen. Jeder „entäußert sich desselben freiwillig“ (169). Im kapitalistischen Tausch ist seiner formellen Seite nach folglich „die vollständige Freiheit des Individuums gesetzt: Freiwillige Transaktion; Gewalt von keiner Seite“ (170):

Wenn „also die ökonomische Form, der Austausch, nach allen Seiten hin die Gleichheit der Subjekte setzt, so der Inhalt, der Stoff, individueller sowohl wie sachlicher, der zum Austausch treibt, die *Freiheit*. Gleichheit und Freiheit sind also nicht nur respektiert im Austausch, der auf Tauschwerten beruht, sondern der Austausch von Tauschwerten ist die produktive, reale Basis aller *Gleichheit* und *Freiheit*. Als reine Ideen sind sie bloß idealisierte Ausdrücke desselben; als entwickelt in juristischen, politischen, sozialen Beziehungen sind sie nur diese Basis in einer andren Potenz“ (170).

Mit dem Äquivalententausch und dem „Geldsystem“ (MEGA II/2, 59) kommt somit das „juristische Moment herein und der Freiheit, die in ihr enthalten ist“ (56). Die „Sphäre der Zirkulation“ ist daher „in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham“ (MEW 23, 189). Auch wenn das „bürgerliche System der Äquivalente in Aneignung ohne Äquivalent umschlägt und auf ihr basiert“ (MEW 42, 497) und es der „Verwirklichung der *Gleichheit und Freiheit*“ immanent ist, „Ungleichheit und Unfreiheit“ (174) zu setzen, da die „Eigentumsgesetze der Warenproduktion“ (MEW 23, 613) als ein „dem Zirkulationsprozeß angehöriger Schein“ (609) notwendig in „Gesetze der kapitalistischen Aneignung“ (613) umschlagen, lässt Marx keinen Zweifel am realen Fortschritt der Freiheit unter diesen verdinglichten

und abstrakten Herrschaftsverhältnissen aufkommen: Das „lebendige Arbeitsvermögen gehört sich selbst an und disponiert durch den Austausch über seine eigne Kraftäußerung. [...] Allein so ist, was die einzelne, wirkliche Person betrifft, ihm weites Feld der Wahl, Willkür und daher der formellen Freiheit gelassen“ (MEW 42, 377).

Es lässt sich von einer prekären strukturellen Affinität von Kapitalismus und Demokratie sprechen, die im zaristischen Russland zweifelsohne kaum auszumachen war¹⁸, dennoch aber konstitutiv für einen kritischen Begriff kapitalistischer Vergesellschaftung und ihres Herrschaftscharakters ist. Da der äquivalente Warentausch nicht nur die „*Substitution* von Zwang und unmittelbarer Gewalt“ und somit „zugleich die *Konstitution* einer die bürgerlichen Geschäfte absichernden öffentlichen Gewalt“ (Kostede 1980, 148), sondern darüber hinaus die beschriebene materielle Fundierung der bürgerlichen Gleichheit und Freiheit darstellt und als gegeben voraussetzt, sind es die Austauschbeziehungen selbst, die das bürgerliche „System der Freiheit und Gleichheit“ (MEW 42, 174) begründen. Die kapitalistischen Klassenbeziehungen und die Form der kapitalistischen Mehrwertproduktion und -aneignung mittels Äquivalententausch sind als dinglich vermittelte Herrschaftsverhältnisse gerade dadurch gekennzeichnet, dass sie nicht unmittelbare Gewaltverhältnisse und Herrschaftsbeziehungen darstellen, sondern dem Ideal nach auf der Anerkennung der formellen Freiheit und Gleichheit aller Gesellschaftsmitglieder basieren. Die prekäre *strukturelle* Affinität zur Demokratie besteht folglich darin, dass sie die politische Form ist, die den

18 Dass dies allerdings kein zwingender Grund ist, die Spezifik des kapitalistischen Staates und seiner Demokratie zu verkennen, belegt die bahnbrechende Studie *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus* des sowjetischen Rechtstheoretikers Eugen Paschukanis. Im Geburtsjahr des Leninismus hält Paschukanis bezüglich des Verhältnisses von Staat und Kapital sowie der realen Freiheit und Gleichheit der Rechtssubjekte folgende konstitutive Einsicht fest: „Aber die Unterwerfung desselben Arbeiters unter den kapitalistischen Staat ist nicht dasselbe, wie seine Abhängigkeit von den einzelnen Kapitalisten [...]. Es ist nicht dasselbe, erstens weil hier ein besonderer, von den Vertretern der herrschenden Klasse getrennter Apparat vorhanden ist, der über jedem einzelnen Kapitalisten steht und als unpersönliche Kraft figuriert. Zweitens ist es nicht dasselbe, weil diese unpersönliche Kraft nicht jedes einzelne Ausbeutungsverhältnis vermittelt; der Lohnarbeiter wird ja nicht politisch und juristisch gezwungen, für einen *bestimmten* Unternehmer zu arbeiten, sondern verkauft formell diesem seine Arbeitskraft auf Grund eines freien Vertrags. Insoweit das Ausbeutungsverhältnis formell als Verhältnis zwischen zwei ‚unabhängigen‘ und ‚gleichen‘ Warenbesitzern verwirklicht wird [...], kann die politische Klassengewalt die Form einer öffentlichen Gewalt annehmen. Das in der bürgerlich-kapitalistischen Welt herrschende Prinzip der Konkurrenz gestattet [...] keine Möglichkeit einer Verbindung der politischen Macht mit dem einzelnen Unternehmen“ (Paschukanis 2003, 141). Zu Paschukanis vgl. Harms (2009).

strukturellen Anforderungen des kapitalistischen Warentausches entspricht: Sie setzt zum einen die formelle Gleichheit und Freiheit der bürgerlichen Subjekte politisch durch und stellt zum anderen diejenige politische Regierungsform dar, welche die dem Verwertungsprozess funktionsadäquate Besonderung der politischen Gewalt gegenüber *allen* Klassen, Gruppen und Individuen zu realisieren vermag; ihre im institutionellen Gefüge und in politischen Verfahren eingebettete politische Vermittlung der verschiedensten sozialen Interessengegensätze ist imstande, den „Gegensatz“ von Kapital und Lohnarbeit „abzuschwächen“ (MEW 8, 141). Marx bezeichnet daher den „*demokratischen Repräsentativstaat*“ als den „vollendeten modernen Staat“ (MEW 2, 121). Der zivilisationsgeschichtliche Fortschritt der „Beschränkung und Rationalisierung politischer Herrschaftsgewalt“ (Schäfer 2006, 229) ist also in den Funktionsmodi der kapitalistischen Ökonomie strukturell angelegt. Diese strukturelle Affinität ist allerdings dahingehend als *prekär* zu klassifizieren, als dass der demokratische Staat nicht allein das *historisch-kontingente Resultat des politischen Handelns und politischer Kämpfe* darstellt, die keineswegs einer eindimensionalen Entwicklungslogik folgen, sondern die Demokratie selbst in Zeiten grundlegender sozio-ökonomischer Krisen als dysfunktional für die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse angesehen werden kann und somit ihre Beseitigung im Ganzen oder in Teilen droht. Daher gilt für das Bestehen der bürgerlichen Gesellschaft: „*der Staat ist notwendig, die Demokratie nicht.*“ (Kostede, 1980, 160)

Lenins simplifizierende Analyse kapitalistischer Herrschaft kann, wie angedeutet, aus den Erfahrungen mit der vorrevolutionären Wirklichkeit in Russland sowie dem agitatorischen Charakter seiner Schriften erklärt werden. Trotz allem sind es theoretische Fehlbestimmungen weitreichender Art, die noch in der späteren Verkennung des Faschismus durch die Kommunisten nachwirkte. Offensichtlich wird dies am Begriff der Diktatur des Proletariats als zentralem Axiom von Lenins politischem Denken: „Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der *Diktatur des Proletariats* erstreckt.“ (LW 5, 424)¹⁹

19 Die Diktatur des Proletariats hat Marx bekanntlich wie folgt definiert: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Dem entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*“ (MEW 19, 28). Gegenüber Lenins Umdeutung kann man gar nicht oft genug betonen, dass für Marx der Begriff der Diktatur den sozio-ökonomischen Inhalt der Politik der Klassenherrschaft und nicht eine Regierungsform bezeichnet. In diesem Sinne sprechen Marx und Engels auch von der „Diktatur der Bourgeoisie“ (MEW 7, 40) im Kapitalismus, die durchaus mit sehr verschiedenen Regierungsformen, insbesondere auch mit der „demokratischen Republik“ als der „letzten Staatsform

Gegenüber den eigentlichen Adressaten von *Staat und Revolution*, den Reformisten, insistiert Lenin auf der Notwendigkeit der Zerschlagung des Staates, dessen Apparat nicht einfach übernommen werden könne: „Die Revolution darf nicht darin bestehen, daß die neue Klasse mit Hilfe der alten Staatsmaschine kommandiert und regiert, sondern muß darin bestehen, daß sie diese Maschine zerschlägt und mit Hilfe einer neuen Maschine, kommandiert und regiert“ (LW 25, 501). Das ausführende Organ der „Vernichtung“ (400) des kapitalistischen Staates sei die Diktatur des Proletariats als offene Diktatur der „ungeheuren Mehrheit des Volkes gegen die verschwindend kleine Minderheit der modernen Sklavenhalter“ (415). Diese an keine Gesetze gebundene, „mit niemand geteilten und sich unmittelbar auf die bewaffnete Gewalt der Massen stützende Macht“ (416)²⁰ des Proletariats und seiner Verbündeten, deren

der bürgerlichen Gesellschaft“ (MEW 19, 29) zu koexistieren vermag. Engels bestimmt daher auch die „Republik“ (MEW 39, 215) als die „politische Form für die künftige Herrschaft des Proletariats“ (216). Dass der „Diktaturbegriff der materialistischen Geschichtsauffassung nicht in der Ebene der politischen oder rechtlichen Form des Staates liegt, kein staatsrechtlicher und kein rechtsphilosophischer, sondern ein *soziologischer*“, wie Arkadij Gurland (1981, 124) in seiner klassischen Studie *Marxismus und Diktatur* (Original Diss. 1928), herausarbeitete, wird in diesem Kontext besonders deutlich. Gurland macht klar, dass es sich bei Marx' Begriff der Diktatur „nicht um eine spezifische Form der Klassenherrschaft, sondern um ihren *sozialen Inhalt* handelt“ (119), d.h. dass die „Diktatur der Bourgeoisie“ nicht „die Diktatur des Säbels über die bürgerliche Gesellschaft“, sondern die „Diktatur der Bourgeoisie durch den Säbel“ ist. Diese brauchte „vom Soldaten nur noch den Gendarm“: „Das Geld hat keinen Herrn! [...]: Die Bourgeoisie hat keinen König, die wahre Form ihrer Herrschaft ist die Republik.“ (MEW 7, 40) „Der wissenschaftliche Begriff der Diktatur“, sagt Lenin hingegen, „bedeutet nichts anderes als eine durch nichts beschränkte, durch keine Gesetze eingeengte, sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht. *Nichts anderes als das* bedeutet der Begriff ‚Diktatur‘ – merken sie sich das gut“ (LW 10, 244). Lenin will also die Freiheit des Staates und nicht die konträre marxische „Freiheit [...], den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln“ (MEW 19, 27). Zum Bedeutungswandel des Begriffs der Diktatur des Proletariats vgl. auch Draper (1987). Draper verweist im Übrigen auf die gerne verdrängte Tatsache, dass es, insbesondere auch in konservativen Kreisen im 19. Jahrhundert üblich war, die Demokratie als Diktatur gegenüber den Besitzenden zu bezeichnen: „By the nineteenth century political language had long included references to the ‚dictatorship‘ of the most democratic assemblies, of popular mass movements, or even of The People in general. All Marx did at the time was apply this old political term to the political power of a *class*.“ (13f.) Zu dieser Vorgeschichte des Terminus und seiner Verwendung im Werk von Marx vgl. Draper (1986, 11ff.).

20 Den gewaltsamen, undemokratischen und unbeschränkten Charakter der Diktatur des Proletariats hebt Lenin besonders in seiner Schrift gegen den ‚Renegaten‘ Kautsky hervor (vgl. LW 28, 233f., 237, 240, 250f. u. 254f.).

Notwendigkeit, so Lenins zentrale revolutionäre Lehre, daraus entspringe, dass die unvermeidliche Konterrevolution unterdrückt werden müsse, sei an sich schon kein Staat mehr, da hier nicht mehr die Minderheit, sondern die Mehrheit das Sagen habe: „Wenn aber die Mehrheit des Volkes *selbst* ihre Bedrücker unterdrückt, so ist eine ‚besondere Repressionsgewalt‘ *schon nicht mehr nötig!* In diesem Sinne *beginnt* der Staat *abzusterben*.“ (LW 25, 433) Die Diktatur des Proletariats bezeichne die Phase des Übergangs zum Kommunismus als einer „Periode unerhört erbitterten Klassenkampfes“, dessen Ziel die „Vernichtung“ (425) der Bourgeoisie sei, wozu ein „zeitweiliges Ausnutzen der Organe, Mittel und Methoden der Staatsgewalt *gegen* die Ausbeuter notwendig ist“ (449): „es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.“ (475) Ihr Kennzeichen ist die Umkehrung der Diktatur, die zugleich das erste Mal in der Geschichte reale Demokratie für die „riesige Mehrheit des Volkes“ (476) sei: Vernichtung der Bourgeoisieklasse samt ihres Staates mittels der Sowjets, was angesichts der „realen Situation“ im Sommer/Herbst 1917 in der Tat „keine leere Phrase“ oder „autoritäre[r] Utopismus“ (Koltan 2010, 99) war.

Lenins Konzeption läuft darauf hinaus, dass der bürgerliche Staat aufgehoben/vernichtet/zerschlagen wird, und zwar von der Diktatur des Proletariats als des absterbenden Staates in Form einer diktatorischen wie radikalen Rätedemokratie: „Auf den ersten Blick mag das sehr sonderbar erscheinen. Doch ‚unverständlich‘ bleibt das nur dem, der nicht bedacht hat, daß die Demokratie *auch* ein Staat ist und daß folglich auch die Demokratie verschwinden wird, sobald der Staat verschwindet. Den bürgerlichen Staat kann nur die Revolution ‚aufheben‘. Der Staat überhaupt, d.h. die vollkommenste Demokratie kann nur ‚absterben‘.“ (LW 25, 409f.) Das Ende des Staates sei ein schleichender Prozess, dessen Anfang die Zerstörung des kapitalistischen Staates mittels einer unvermeidlich „gewaltsamen Revolution“ (411) bilde. Mit heftigster Gewalt wird das alte Regime beseitigt, um am Ende die Gewalt auch der radikalen Demokratie als letzter absterbender Staatsform ganz aufzuheben. Angesichts des realen Verlaufs der Russischen Revolution hat Lenins These vom Absterben der Demokratie nicht nur einen unfreiwillig tragisch-komischen Charakter, sondern verweist auch auf ein demokratietheoretisches Defizit, das im Gespann mit seinem autoritär-hierarchischen Parteimodell, seinem instrumentalistischen Gewaltbegriff sowie seiner siegesgewissen Geschichtsphilosophie zu einer nie überwundenen Erblast des real-existierenden Sozialismus wurde. Man wird Lenin nicht vorhalten können, dass er den gewaltsamen und terroristischen Charakter der Räte-Diktatur des Proletariats verschwiegen hätte. Abgesehen von dem historisch sich bis auf die Knochen blamierenden Wunder der Dialektik, mit der proletarischen Forcierung von Staat und Gewalt dieselben aus der Welt zu schaffen, die im Verbund mit der

Universalisierung des Fabrikregimes – „die gesamte Gesellschaft wird ein Büro und eine Fabrik“; „Alle Bürger werden Angestellte und Arbeiter *eines* [...] Staatsyndikats“ (488) – als Vorbild sozialistischer Ordnung²¹ konsequent zu einer historisch beispiellosen terroristischen Aufhebung der Gesellschaft in den Staat mündete, ist es Lenins Feindschaft gegenüber dem unbedingten Wert demokratischer Strukturen und Formalia, die sich als fatal erweisen wird. Dass Lenin über die Bedenken der als ‚Dutzend-Liberale‘ verhöhnten Kritiker hinweg ging, sollte sich bitter rächen, da, wie Lenin ja selbst hervorhob, die Form auf den Inhalt zurückschlägt: „Auch wenn wir von diesen spezifischen Entwicklungen [der Russischen Revolution; d. Verf.] absehen, so wird jeder ‚Sozialismus‘ oder jeder ‚Planwirtschaft‘ ohne demokratische Formen und institutionell gesicherte gesellschaftliche Kontrolle politischer Entscheidungen [...] mit Notwendigkeit unter den Bedingungen der ‚Massenverwaltung‘ (Max Weber) ein autoritär-bürokratisches Lenkungssystem, mit großer Wahrscheinlichkeit eine ‚Kommandoökonomie‘ und die diktatorische Macht einer bürokratisch rekrutierten Herrenschicht [...] hervorbringen.“ (Schäfer 1994, 63f.)²² Was implizit schon der Organisationsfrage zugrunde lag, wurde in Bezug auf die Ausführungen zu Staat, Revolution und Demokratie explizit. Die Identifizierung von Staat und Politik, von Demokratie und Gewalt ließ für die Frage der sozialen und politischen Institutionalisierung von Revolution und Kommunismus keinen Raum. Der unspezifische Staats- und Demokratiebegriff wischte die institutionellen Fragen nicht weniger mit geschichtsphilosophischer Geste weg als die im wahrsten Sinne des Wortes über Tod und Leben entscheidenden Differenzen der Herrschaft und ihrer Gewaltformen: „Aufgrund seiner überbietenden Argumentation war auch die ‚dutzendliberale‘ Differenz von Rechtsstaat, politischer Freiheit und ‚unmittelbarer, unbeschränkter Gewalt‘ verschwunden und mit ihr die entscheidend wichtige Frage, ob es denn legitime Rechte gegen den jeweiligen Inhabern gesellschaftlicher und politischer Gewalten gibt oder nicht gibt. Mit den Fragen demokratischer öffentlicher Willensbildung und Entscheidungsfindung umging Lenin auch die der institutionell garantierten Kontrolle und Beschränkung politischer Macht“ (73f.). In Verbund mit dem bolschewistischen Parteimodell hat Lenins Staats- und Demokratietheorie folgerichtig

21 Es ist (vielleicht mehr als) ein Treppenwitz der Weltgeschichte, dass die deutsche „Post als Muster sozialistischer Wirtschaft“ (LW 25, 439) just im Zuge der Implosion des Ostblocks privatisiert wurde.

22 Eine ausführliche marxistische Analyse des Staates und der Ökonomie des Ostblock-Sozialismus steht noch aus. Verschiedene Ansätze hierzu versammelt die Textsammlung von Marcel van der Linden (2007). Vgl. auch die Studie von Conert (1990).

einen autoritären, gewaltförmigen und bürokratischen Weg eingeschlagen, der für den Ostblock-Sozialismus nicht nur bis zu seinem Ende konstitutiv war, sondern dieses Ende ganz wesentlich auch mit verursachte.

Geschichte und Gewalt

Lenin sah und benannte hellsichtig die Probleme des Aufbaus des Sozialismus und verheimlichte sie nicht wie Stalin: „Warum machen wir denn Dummheiten? Das ist klar: Erstens weil wir ein rückständiges Land sind, zweitens ist unsere Bildung minimal, drittens erhalten wir keine Hilfe. Kein einziges zivilisiertes Land hilft uns. Im Gegenteil, sie arbeiten alle gegen uns. Viertens ist unser Staatsapparat schuld. Wir haben den alten Staatsapparat übernommen, und das war unser Unglück.“ (LW 33, 414) Seine durch die Bürgerkriegserfahrung – der „Terror wurde uns durch den Terrorismus der Entente aufgezwungen“ (LW 30, 318) – nur noch bestärkten Antworten, blieben indessen dieselben: Abhilfe sollten stets die autoritäre Direktive von oben und die unmittelbare Gewalt schaffen²³, was wenig zur intendierten „Abschaffung“ jener terroristischen „Maßnahmen“ (318) beitrug, die im Bürgerkrieg gegen die – durch internationale Solidarität – forcierte Konterrevolution erprobt wurden. Lenin hat beides in seinen helleren Momenten nicht glorifiziert, sondern als notwendiges Übel angesehen, das den in der Tat nicht frei gewählten oder gar allein verschuldeten Umständen der Revolution entsprang. Dennoch steht die terroristische Entartung der Revolution, die Universalisierung von staatlicher Gewalt anstelle ihrer Abschaffung, die fabrikmäßige Knechtung des Proletariats anstelle seiner Emanzipation, nicht Lenins Denken und Handeln entgegen, sondern entspricht diesem. Sein autoritäres und hierarchisches Parteikonzept beinhaltet die Möglichkeit einer diktatorischen Verselbstständigung der führenden Organe, da diese, durchaus im Gegensatz zu seinem Rätemodell, an keinerlei Kontrolle von unten mehr gebunden waren. Die „Gewalt“

23 Deutlich wird diese Ambivalenz in seinen späten Schriften, in denen Lenin sich der „Unausbleiblichkeit des Endsieges des Sozialismus“ zwar immer noch zu versichern versuchte, die Probleme des Aufbaues der neuen Ordnung aber schonungslos benannte: „Mit dem Staatsapparat steht es bei uns derart traurig, um nicht zu sagen, abscheulich, daß wir zunächst gründlich überlegen müssen, wie wir seine Mängel bekämpfen sollen“. (LW, 33, 474). „Die letzten Schriften lassen zugleich die persönliche Tragödie Lenins erkennen. Sein festes Selbstvertrauen war erschüttert. Er bemerkte, daß nicht nur die Revolution versandet, sondern die Revolutionäre mehr die Getriebenen als die Treibenden waren“ konstatiert Hermann Weber (1992, 158). Lenin bleibt allerdings Gefangener seiner selbst, da er auf die Frage des Bürokratismus nur die alte anti-demokratische Antwort der vermehrten Kontrolle durch mit Machtbefugnissen ausgestatteten Experten zu geben vermochte – wieder nur von oben nach unten!

als das „Hauptmerkmal“ (LW 28, 237) der durch „unbedingte Zentralisation und strengste Disziplin“ zusammengeschweißten Diktatur des Proletariats kannte keinerlei Grenzen und war offensiv als revolutionärer Bürgerkrieg zur physischen Vernichtung des Feindes konzipiert: der Sieg „ist unmöglich ohne einen langen, hartnäckigen, erbitterten Krieg auf Leben und Tod“ (LW 31, 8). Gewalt in Form des brutalsten Terrors war als ein durch seinen Zweck geheiligtes Mittel, ein beliebig einsetzbares Instrument der bolschewistischen Partei zur Beseitigung jeglichen Widerstandes. Die Möglichkeit der Verselbstständigung, Potenzierung und Verewigung von terroristischer (Staats-)Gewalt scheint für Lenin so wenig einer Überlegung wert gewesen zu sein, wie die verspottete Frage nach dem grundsätzlichen Problem, Gewalt als Mittel der Emanzipation einzusetzen. Dass die Orgie bolschewistischer Gewalt am Ende nicht nur den kapitalistischen Klassenfeind, sondern alle Feinde der Partei traf, war ebenfalls folgerichtig. Auf der einen Seite bestand in der durch die Partei angeführten Diktatur des Proletariats für die absolute Feindschaft Preisgegebenen explizit keinerlei rechtlich einklagbarer Schutz; wenn die Demokratie immer nur Demokratie für die jeweils herrschende Klasse ist, mussten und sollten die Mitglieder der alten Herrschaft Vogelfreie sein. Auf der anderen Seite fundiert die bolschewistische Gewalt und ihre Universalisierung in einer Lenins Denken abrundenden Geschichtsphilosophie, in der die Partei der Exekutor einer Wahrheit ist, die mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verwirklicht werden muss und die keinen (individuellen oder kollektiven) Ein- und Widerspruch duldet: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Wir allein als Partei haben Einblick in die Wahrheit der dialektischen „Entwicklungsgesetze“, welche die „geradezu kosmische[n] Garantie“ der auszuführenden „Gewaltstriche“ (Schäfer 2006, 313) abgeben.²⁴

²⁴ Lenins Philosophie ist hier nicht Thema. Angemerkt werden soll allein, dass letztlich auch diese eine dem politischen Kampf untergeordnete Funktion hatte. Die Polemik *Materialismus und Empiriokritizismus* (1908) stellt keine philosophische Reformulierung des Materialismus, sondern eine politisch motivierte naiv-realistische Ontologie dar, die, hinter die nominalistische Aufklärung und die kopernikanische Wende Kants zurückfallend, Reflexionsbestimmungen, also Denkleistungen menschlicher Subjektivität, zu vermeintlich denkunabhängigen Seinsbestimmungen hypostasiert. Vgl. Haag (2005, 125ff.). Lenins Angriff auf Bogdanov, der in Fragen der Kunstproduktion sehr viel revolutionärer und in Bezug auf die Fortschritte von Philosophie und Wissenschaft mehr *up to date* war als sein kulturkonservativer Widersacher, interpretierte jüngst Stefan Plaggenborg (2006, 47ff.) sowohl als ideelle Antizipation der Verfahrensweise stalinistischer Schauprozesse als auch als ideengeschichtlichen Grund für die (späteren) Theorieblockaden des Sowjetmarxismus. Es soll mit alledem nicht unterschlagen werden, dass Lenin in seinen *Philosophischen Hefien* (1914/15) zu weit reflektierteren Annahmen gefunden hat, die *cum grano salis* ein geheimes Dokument

Diese hochexplosive Mischung aus einem instrumentalistischen Gewaltbegriff und der entwicklungsgesetzlichen Geschichtsphilosophie lässt sich an Lenins *Brief an die amerikanischen Arbeiter* vom 20.8.1918 verdeutlichen, in welchem er den Terror rechtfertigt und den „Krieg gegen die Kapitalisten“ (LW 28, 57) bewirbt. Lenin spricht dort jene „große Wahrheit“ des Bolschewismus aus, dass eine „Revolution nur dann erfolgreich sein kann, wenn *der Widerstand der Ausbeuter gebrochen wird*“ (58). Zum einen seien die „Menschen“ in der „Revolution“ nicht gleichsam über Nacht „zu Heiligen geworden“ (58), zum anderen ließe sich der „Leichnam der bürgerlichen Gesellschaft“ nicht „einfach in einen Sarg legen und ins Grab senken. Zur Strecke gebracht, verfault der Kapitalismus, geht er mitten unter uns in Verwesung über, verpestet die Luft“ (59) und setzt alles daran, das Lebendige, d.h. die Revolution mit in den Abgrund zu ziehen. Fehler, die in einer solchen, allseits vom Tode bedrohten Situation des Übergangs in ein unbekanntes neues Land begangen werden, und zwar selbst wenn „auf 100 unserer richtigen Handlungen 10000 Fehler entfielen“, seien nichtig für eine Revolution, die „vor der Weltgeschichte groß und unbesiegt“ (59) dastehen wird.

Lenin sieht nur *einen* substantiellen Fehler, den die Bolschewisten bisher begangen hätten: „nicht fest und entschlossen genug“ (58) die Konterrevolution zerschlagen zu haben. Dass dies mehr als nur markige Worte sind, und dass Lenin nie zögerte, konkret zu benennen, was diese Wahrheit des Bolschewismus bedeutet, wird bereits 1906 sichtbar. Schon Jahre vor den Wirren der Revolution und dem imperialistisch forcierten Bürgerkrieg predigte Lenin die „Notwendigkeit eines erbitterten, blutigen, vernichtenden Krieges“ (LW 11, 160), in dem die „rücksichtsloseste Vernichtung ziviler und militärischer Führer der Gegenseite [...] Pflicht“ (62) sei und der „Massenterror“ zum „Bestandteil“ der „Taktik“ (163) gehöre. In Bezug auf die spätere, als „einzige *Wahrheit*“ ausgegebene „Losung ‚Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg‘“ ist es daher auch entscheidend, die „Kriegsmüdigkeit“, den „Widerwillen und Abscheu vor dem Krieg“ (LW 28, 15)²⁵ zu

der Vorgeschichte des westlichen Marxismus darstellen. Vgl. hierzu den wohlwollenden Aufsatz von Arndt (o.O./J.)

²⁵ **Um es sich klar zu machen: Revolutionärer Bürgerkrieg ist die bewusste Entfesselung totaler Gewalt und der entsprechenden Dehumanisierung:** „Während die Menschen hungerten und kreperten [und Kannibalismus an der Tagesordnung war; d. Verf.], grassierten der rote Terror der Revolutionstribunale und der Geheimpolizei (*Tscheka*) sowie der ‚weiße‘ Terror ungehemmt weiter. Die bolschewistischen ‚Organe‘ arbeiteten effizient bei der Vernichtung von Menschenleben, und sie waren extrem erfolgreich beim Schaffen von Ernährungskrisen, aber als es um die Rettung der Hungernden ging, da versagten sie in grandiosem Ausmaß. Die Menschen entwickelten unter diesen Umständen Überlebensstrategien, für die humanitäre Gesichtspunkte

überwinden, da der „Ausgang dieses Krieges“ das „Schicksal der Revolution“ sei und die wichtigste Etappe auf dem Weg zum unvermeidlichen „Endsieg des Sozialismus“ (16) darstelle: „Die bewaffneten Arbeiter waren Keim einer neuen Armee, Organisationszelle der neuen Gesellschaftsordnung.“ (284) Wer sich der militärischen, auf unbedingte physische Vernichtung des Feindes gerichteten Logik der Gewalt – „mit der Wurzel ausgerottet“ (LW 27, 234) – nicht unterwirft, ist *per se* ein im Namen des menscheitsgeschichtlichen Fortschritts zu liquidierender, „die Entwaffnung des Proletariats“ (LW 31, 28) betreibender Konterrevolutionär: „Mit einem Wort, wir sind unbesiegbar, denn unbesiegbar ist die proletarische Weltrevolution“, welche „allein imstande ist, die Kultur, die Menschheit vor dem Untergang zu retten“ (LW 28, 62). Die Diktatur des Proletariats erstreckte sich aber nicht allein auf die Unterdrückung der Konterrevolution und die Vernichtung des Klassenfeindes, sondern auch auf Gesellschaftsmitglieder, deren schlechte „Gewohnheiten“ aus dem Fortleben der alten „Kultur“ (LW 33, 475) herrühren: „Die Diktatur des Proletariats ist ein zäher Kampf, ein blutiger und ein unblutiger, gewaltsamer und friedlicher, militärischer und wirtschaftlicher, pädagogischer und administrativer Kampf gegen die Mächte und Traditionen der alten Gesellschaft. Die Macht der Gewohnheit von Millionen und aber Millionen ist die fürchterlichste Macht.“ (LW 31, 29) Um sie zu brechen, bedarf es einer Erziehungsdiktatur, deren „*eiserne Hand*“ (LW 27, 255) den alten Plunder zerschlägt und das widerständige Menschenmaterial an die Kandare nimmt. Für den „Weltbolschewismus“ (LW 28, 293) ist die das Proletariat stählende Schule die Fabrikdisziplin und der Krieg. Lenins programmatische Schrift *Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht* (1918) macht nicht nur deutlich, in welchem Maße Lenins politisches Denken von militärischer Logik geprägt

nicht gelten konnten. Sie übten Gewalt gegeneinander aus, um sich zu schützen, sie raubten, sie mordeten, Lynchjustiz war häufig [...]. Die Kriminalität wuchs ins Unüberschaubare. Die Prostitution nahm erschreckende Ausmaße an. Verwahrloste Kinder bevölkerten zu Tausenden die Städte [...]. Der Zusammenbruch der Zivilisation [...], ja des Humanen in den ersten Jahren nach 1917 war total.“ Plaggenborg (2006, 39). Vgl. zu der staatlich entfachten Gewalt ebd., 121ff., sowie zum Verlauf des Bürgerkriegs im allgemeinen Werth (2002, 51ff.). Dieser wahrhaft apokalyptische Charakter des russischen Bürgerkriegs kann nicht allein der Konterrevolution in die Schuhe geschoben werden. Der *notwendig* gewaltsame Charakter der Revolution war ein Axiom in Lenins Denken: „Bei der Definition des Begriffs der Diktatur bemühte sich Kautsky nach Kräften, dem Leser das Hauptmerkmal dieses Begriffs vorzuenthalten: die revolutionäre *Gewalt*. Nun aber tritt die Wahrheit zutage: Es handelt sich um den Gegensatz zwischen *friedlicher* und *gewaltsamer Umwälzung*. Hier liegt der Hund begraben. Alle Ausflüchte, Sophismen und Taschenspielertricks braucht Kautsky ja gerade, um über die *gewaltsame* Revolution *hinwegzureden*“ (LW 28, 237).

ist, sondern zeigt überdies, dass der russische Revolutionär den Sozialismus als gnadenlose Modernisierungsdiktatur begriff. Die notwendige Steigerung der Arbeitsproduktivität müsse mittels des „Taylorsystem“ (LW 27, 249) in die Arbeiter geprügelt werden und der bewunderte Instinkt des Volkes, „Diebe am Tatort“ sofort zu erschießen, institutionalisiert werden, damit die zumeist „mehr einem Brei als einem Eisen“ gleichkommende Macht der Diktatur nicht nur mit den Ausbeutern, sondern auch den „Rowdys“ (256) gehörig aufräume. Lenins Lob gilt daher dem revolutionären „Gericht“, das als „*Organ der Macht* des Proletariats und der armen Bauernschaft“ ein „Werkzeug der Erziehung zur Disziplin ist“, indem es „schonungslos zu bestrafen“ (257) verstehe. Die „*widerspruchslose*“ und „*unbedingte Unterordnung*“ der Massen unter den „*einheitlichen Willen* der Leiter“ versteht sich dann ganz von selbst: ein von unten unkontrollierbares Herrschaftsverhältnis, das sich als rein technische „Notwendigkeit“ (259) ausgibt. Auch hier gilt: Lenin wusste um den Charakter des revolutionären Terrors zur Bekämpfung der ‚Obломowtschina‘, des Schlendrians: „Solange in Deutschland die Revolution mit ihrer Geburt noch säumt, ist es unsere Aufgabe, vom Staatskapitalismus der Deutschen zu lernen, ihn mit aller Kraft zu übernehmen [...], ohne dabei vor barbarischen Methoden im Kampf gegen die Barbarei zurückzuschrecken.“ (333) Im Angesicht der zu bewältigenden Aufgaben und vor der Weltgeschichte als dem Weltgericht ist die auf das Innere der Menschen nicht weniger als auf die äußere Freiheit derselben dreinschlagende Gewalt aber immer schon gerechtfertigt. *Politiktheoretisch* folgt der bolschewistische Terror aus Lenins Staats- und Demokratiebegriff, dem Konzept der Diktatur des Proletariats und seinem autoritären Parteimodell, in welchen nicht nur die spätere Entwicklung antizipiert ist, sondern die auch keinerlei Mittel für eine grundsätzliche Korrektur bereit hielten. Fundiert aber ist das bolschewistische Revolutionsmodell in einer *Geschichtsphilosophie*, die als „magische Versicherung“ (Schäfer 2006, 313) dient. Dies wird deutlich an der einzigen Stelle, an der die Partei in *Staat und Revolution* Erwähnung findet: „Durch die Erziehung der Arbeiterpartei erzieht der Marxismus die Avantgarde des Proletariats, die fähig ist, die Macht zu ergreifen und das *ganze Volk* zum Sozialismus *zu führen*, die neue Ordnung zu leiten und organisieren“ (LW 25, 426). Wie Michael Koltan bemerkt, ist dieser „Satz schon syntaktisch“ (Koltan 2010, 100) selbstverräterisch. Subjekt des Satzes ist nämlich weder die Partei (avantgarde) noch das Proletariat, sondern der Marxismus, d.h. die Wahrheit. Dieser erzieht die Führer, wie diese die Geführten erziehen. Die Revolution ist nicht ein Akt der Freiheit (der sich Befreienden), sondern die Verwirklichung einer Wahrheit, die keinen Widerstand dulden kann. Kollektive politische Praxis wird, wie Hannah Arendt monierte, zum Geschichte-machen, zum Vollzug des Fortschritts, mit dessen

vermeintlichen Gegnern entsprechend ‚umgegangen‘ wird. Der französische Philosoph Maurice Merleau-Ponty schrieb diesbezüglich treffend:

„Indem der wissenschaftliche Sozialismus sich als Reflex dessen ausgibt, was ist, des historischen Prozesses an sich, setzt er die Erkenntnis [...] wieder an die erste Stelle; er verleiht sich das Aussehen eines absoluten Wissens [...]. Wenn also die Bolschewiken [...] sagen, daß man in gewissen Augenblicken imstande sein muß, die Geschichte zu zwingen [...]; wenn sie mit Lenin sagen, dass der Revolutionär für lange Zeit dazu verdammt ist, *auf die Köpfe zu schlagen*, und es einer endlosen Anstrengung bedarf, die klassenlose Gesellschaft zu formieren und die Geschichte durch Eisen und Feuer dahin zu bringen, dass sie ihren Sinn ausdrückt: diese Stimmung der Gewalt und der Wahrheit, dieser auf ein absolutes Wissen gestützter Voluntarismus entwickeln einfach die Idee einer den Dingen eingeschriebenen dialektischen Aufhebung“ (Merleau-Ponty 1968, 104).

Lenin intendiert auch und gerade als *homo toto politicus* die unmittelbar praktische Umsetzung des (theoretisch) Wahren – im Sinne von dessen Herstellung – welche die freie Praxis und ihre Widerständigkeit konsequent durch Technokratie, autoritäre Weisung und Gewalt substituiert.²⁶ Politik ist aber nicht die Herstellung der Wahrheit durch *eine* wissende (Partei-)Elite, sondern das Ergebnis handelnder, verschiedene Interessen verfolgender Menschen. Eine irreduzible Kontingenz ist für das Politische konstitutiv. Ihr Wesen ist die Freiheit: „die Freiheit, etwas in die Wirklichkeit zu rufen, das es noch nicht gab, das nicht vorgegeben ist“ (Arendt 2000, 206).²⁷ Nicht nur bleibt das ‚Gewebe‘ (H. Arendt) des menschlichen Handelns unabgeschlossen und unüberschaubar, sondern es selbst ist stets Ausdruck davon, dass es immer verschiedene *Möglichkeiten* gibt, deren Effekte zudem wenig berechenbar sind. Politik hat mit Resultaten menschlichen Interagierens zu tun, die stets auch anders sein könnten; eine „Welt [...], die so oder anders aussehen“ (208) kann. Dementsprechend ist das praktische Wissen anderer Art als das der theoretischen Wahrheit. Da es auf Veränderliches bzw. in Veränderung Begriffenes zielt, bleibt es stets vorläufig und unvollständig, ohne jemals den Anspruch auf strenge Allgemeinheit und Notwendigkeit erfüllen zu können. Wäre dem nicht so, hieße dies, dass keine Freiheit – die Fähigkeit, handelnd die Welt zu verändern – existiert: „Führt man den Begriff der Notwendigkeit

26 Vgl. zum Folgenden auch das Schlusskapitel *back tot he future!*?

27 Ich teile nur wenige Ansichten der politischen Theorie Arendts. Trotz allem halte ich die hier angeführte These für zentral. Sie schreibt damit unbewusst die Tradition libertärer Marx(ismus)kritik fort (vgl. Wallat 2012b).

in den Bereich menschlicher Angelegenheiten ein, so ist man zwar anscheinend mit dem ‚trostlosen Ungefähr‘ fertig geworden, aber man hat auch in eins die menschliche Freiheit liquidiert, die ohne das Es-hätte-auch-anders-können-Können undenkbar ist.“ (344).

Lenin hat diese Differenzierung wieder negiert, indem er abermals für das Politische die *eine* objektive Wahrheit rehabilitierte, die sich dem Wissenden in den notwendigen Gesetzen der Geschichte offenbart: „Zu einem System von Leitsätzen geordnet, werden diese [die Grundsätze der Dialektik; d. Verf.] als die letztlich bestimmenden Kräfte in der Geschichte wie in der Natur dargestellt. Der so gedeutete dialektische Prozeß hört auf in einem strengen Sinne ein historischer Prozeß zu sein – vielmehr wird die Geschichte zu einer zweiten Natur verdinglicht.“ (Marcuse 1974, 138) Oskar Negt hat in seiner klassischen Studie zur Genesis der stalinistischen Philosophie aus dem nach-revolutionären Legitimationsbedarf fortwirkender Herrschafts- und Gewaltverhältnisse in der jungen Sowjetunion den von Marcuse konstatierten Sachverhalt spezifiziert: „Bezweckt der Verweis auf naturgesetzliche Objektivität eine erhöhte Legitimationsgrundlage der Sowjetgesellschaft, so bewirkt der ihr immanente, undurchschaute Subjektivismus freilich gerade das Gegenteil: Die Verdinglichung der menschlichen Beziehungen und die fortdauernde Abhängigkeit der Individuen von den ihnen gegenüber verselbständigten gesellschaftlichen Mechanismen, die man als gegenständliche Resultate nicht wahrhaben will, bestätigen lediglich vielmehr die ungebrochene Gültigkeit sämtlicher ‚Gesetze‘ der Vorgeschichte. Die Natur organisiert sich nicht, wie bei Marx, als Moment gesellschaftlicher Praxis, sondern umgekehrt: die geschichtliche Praxis wird zum Bestandteil von Naturzusammenhängen.“ (Negt 1974, 37) An den Menschen liegt es dann allein noch, nach Maßgabe der Parteiführung, die als „autoratives und relativ autonomes Subjekt der Interpretation der weltgeschichtlich notwendigen und kontingenten Handlungen“ (44) auftritt, Geburtshelfer des *notwendig* Werdenen zu sein, indem sie mögliche Hindernisse des Fortschritts (der Wahrheit) aus dem Weg räumen, was die immanente Nähe des leninschen Denkens zur Praxis der Gewalt begründet. Entwickelt sich der Lauf der Dinge bzw. die Wahrheit der Geschichte nicht nach Maßgabe des theoretischen Wissens, so ist nicht die Trennung der ungeschiedenen Einheit von Theorie und Praxis angezeigt, sondern die Behebung der Probleme mit Mitteln der Gewalt: „Wie die marxistische Philosophie glaubt, die Bedeutung des Sozialen nur dadurch wiedergeben zu können, dass sie die Dialektik gänzlich in das Objekt verlegt, so begegnet die Dialektik in Aktion widrigen Vorkommnissen mit Terror, dessen Ausübung sie durch eine verborgene Wahrheit autorisiert sein lässt, oder mit Opportunismus“ (Merleau-Ponty 1968, 115); es ist kein Zufall, dass die *unberechenbare* Gewalt wesentliches Merkmal des Stalinismus war. An diesem Punkt gibt

sich der vermeintliche Gegensatz von Objektivismus und Voluntarismus in seiner Einheit zu erkennen: der Substitution freien Handelns durch Terror. Die Dialektik des „Objektivismus, der in einen voluntaristischen Subjektivismus, und des Subjektivismus, der in Objektivismus umschlägt“ (Schäfer 1977, 61), führt vom Leninismus zum Stalinismus: „Ein gerader Weg scheint von Lenins ‚Bewusstsein von außen‘ und seinem Begriff der zentralisierten autoritären Partei zu Stalins persönlicher Diktatur zu führen, ein Weg, auf dem der ‚wissenschaftliche Determinismus‘ [...] Entscheidungen weicht, die auf Grund sich verschiebender politischer, selbst persönlicher Zielsetzungen und Interessen zustande kommen.“ (Marcuse 1974, 139)

Mit Gert Schäfer lässt sich Lenins (politisch-philosophische) Theorie abschließend als eine „Kombination von ‚Voluntarismus‘ (revolutionäre Tat), ‚Determinismus‘ (Vollzug geschichtlicher Gesetze) und ‚Organisation‘ (einer Hierarchie des Wissens und Autorität)“ (Schäfer 1994, 79) bestimmen, die nicht im Gegensatz zur Transformation der Revolution in einen totalitären²⁸

28 Die gängige Form der klassischen Totalitarismustheorie (vgl. Wippermann, 1997) ist zweifelsohne hochgradig ideologisch und vermag keineswegs die Eigenarten der stalinistischen, faschistischen und nationalsozialistischen Herrschaft und ihre Gewalt zu erfassen. Wie der modernere, noch stupidere Begriff des Extremismus (vgl. Wippermann 2009, 25ff.; Forum für kritische Rechsextremismusforschung 2011) sind dies (ordnungs-)politische Kampfbegriffe, von entsprechend leichtem analytischem Gewicht, die darauf abzielen, politische Praxis (verfassungs- und strafrechtlich) auf den status quo restringierend zu vereidigen. Die Totalitarismus- und Extremismustheorie verschweigt oder vernebelt in der Regel den Herrschaftscharakter von Kapitalismus, Rechtsstaat und liberaler Demokratie, die als unausgewiesene und/oder nicht mehr hinterfragbare Norm immer schon der Analyse vorausgesetzt werden. Entweder wird der Herrschaftscharakter kapitalistischer Vergesellschaftung völlig übergangen oder aber (demokratie-idealistisch) diese als einzig legitime und beste Form der Herrschaft – nicht extremistisch/totalitär – zum Verschwinden gebracht und als notwendig und alternativlos dargestellt; alles andere führe eben in den Totalitarismus. Die Totalitarismustheorie schweigt sich aber nicht nur über die bürgerlich-kapitalistische Formen der Herrschaft aus, und beschränkt sich auch nicht allein darauf diese als notwendig und alternativlos auszugeben. Sie unterschlägt zudem das historische Kontinuum zwischen liberalen und faschistischen Formen der Herrschaft. Der Faschismus und der Nationalsozialismus sind Produkte der kapitalistischen Vergesellschaftung und ihrer Krisen, nicht ihre abstrakte Negation; ‚Zerfallsformen bürgerlicher Herrschaft‘ (G. Schäfer), die zweifelsohne die Vernichtung ihrer Ursprünge anstrebten. Wie ich an andere Stelle (2009) dargelegt habe, impliziert diese Kritik allerdings nicht im Geringsten die immer wieder – auch bei Wippermann – anzutreffende Relativierung der durch die Staatskommunisten verursachten historischen Katastrophen. Zudem ist ein Diktaturenvergleich wissenschaftlich wertvoll und kann nicht moralisch verboten werden; m.E. zeigt dieser auch deutlich auf, dass die Differenzen zwischen den Regimen derart groß sind, dass die basalen Annahmen der klassischen Totalitarismustheo-

bürokratisch-terroristischen Staat steht, sondern *eine* seiner Ursachen ist, die sich selbstredend weder personalistisch noch idealistisch auf das Denken des Revolutionärs reduzieren lässt:

„Lenins Partei fiel der Tradition des Landes in vielem anheim. Sie unterlag, im Verein mit ihren Gewaltmethoden, despotischen Formen von Bürokratisierungsprozessen und konnte ihnen besonders leicht unterliegen, nicht allein weil sie isoliert war, sondern weil und indem sie selbst – extern und intern – demokratische Kontrollmöglichkeiten und gesellschaftliche Initiativen beseitigte oder minimisierte. ‚Weil wir schwach sind‘, bekannte der ehrliche Lenin wieder und wieder. Doch er selbst hat, trotz seines nie völlig verschwundenen Problembewußtseins, nachhaltig dazu beigetragen, die aus der ‚Schwäche‘ geborene Herrschaftsform als einzig erfolgversprechenden Weg zum Sozialismus anzupreisen und offene Kritik zur Sache des Klassenfeindes zu erklären.“ (78; vgl. Schäfer 1981, 39)

rie widerlegt sind (vgl. Schmeichen-Ackermann 2010). Zu den hier nicht weiter zu diskutierenden Problemen, die terroristische Verstaatlichung der Gesellschaft in der Sowjetunion theoretisch zu erfassen, vgl. Plaggenborg (2006, 179ff.). Der Begriff des totalitären Staates kann m.E. dennoch (vorläufig) zur Bezeichnung der (stalinistischen) Sowjetunion dienen, da er wesentliche Differenzen zu autoritären Diktaturen – nicht zuletzt in Beziehung auf das Verhältnis von politischer Gewalt und sozio-ökonomischer Struktur – wenigstens dem Namen nach erst einmal benennt. Vgl. hierzu neben der ausgewogenen Diskussion des Begriffs der totalitären Diktatur von Schäfer (2006, 266ff.), auch den vom akademischen Verfassungsschutz konzipierten, entsprechend ideologisch-politisch ausgerichteten und (dennoch in Teilen) informativen Sammelband von Schmeitzner (2007), der auf eine linke, gerne vergessene Traditionslinie des Totalitarismusbegriffs aufmerksam macht.

Ökonomie und sozialistische Politik 1973 8/9.

Wurmbrand, Richard (1987): Das andere Gesicht des Karl Marx, 7. Aufl. Seewis.

Zarusky, Jürgen (2007): Demokratie oder Diktatur: Karl Kautskys Bolschewismuskritik und der Totalitarismus, in Schmeitzner, Mike (Hg.): Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert, Göttingen.

Žižek, Slavoj (2002): Die Revolution steht bevor. Dreizehn Versuche über Lenin, Frankfurt/M.

Ders. (2009): Auf verlorenem Posten, Frankfurt/M.

Zunke, Christine (2008): Kritik der Hirnforschung. Neurophysiologie und Willensfreiheit, Berlin.



Bini Adamczak
gestern morgen

Über die Einsamkeit kommunistischer Gespenster und die Rekonstruktion der Zukunft

2. überarbeitete Auflage
160 Seiten, 12 Euro
ISBN 978-3-942885-08-9

„Eine fesselnde Lektüre, die man auch auf dem Sofa und nicht nur fleißig mitexzerpierend am Schreibtisch lesen kann. Ein Kompliment, das man den meisten historischen Arbeiten mit all ihren Sammelfußnoten sicherlich nicht machen kann.“
Jessica Zeller, Gespenster revisited, Jungle World

“Dieses Buch sollte man lesen.” Kerstin Stakemeier, testcard bzw. konkret

„Den Glauben, die Hoffnungen, Enttäuschungen, Wünsche und Träume – den Zeitgeist – einer Generation ermordeter KommunistInnen macht Adamczak (aus dem Stoff autobiografischer Romane und Erzählungen) in brillanter Weise lebendig.“ Andreas Kranebitter, die Linke.at

„Bini Adamczak birgt die Toten des Kommunismus, um ihn neu zu finden.“ Peter Nowak, ND, 12.12.2008

“Ihr Ziel dabei ist, festzumachen, ob es einen Punkt gibt, an dem die Konterrevolution gesiegt hat. Als solche mag die Autorin jene Kräfte verstanden wissen, die den Weg zu einem totalitären Regime geebnet und die progressiven Elemente vernichtet haben. Ihr Vorhaben ist zugleich Trauerarbeit am Kommunismus wie auch die Suche nach dem, was ihn eigentlich ausmacht, um ihn von neuem aufgreifen zu können.” unique 01/08

„Bini Adamczaks Stalinismuskritik auf der Höhe der Zeit.“ Matthias Becker, Trauerarbeit, jw 8,12.2008

“Der Essay ‚Gestern Morgen‘ von Bini Adamczak, der zu dem intelligentesten und sprachlich eindringlichsten gehört, was die radikale Linke seit Jahren produziert hat, geht dem Scheitern, dem Traum und den Traumata des roten Oktober auf den Grund, indem, den Faden von hinten aufnehmend, der imaginäre Ur-Sprung des Scheiterns der kommunistischen Emanzipation eruiert wird.” Hendrik Wallat: Kommunistische Trauerarbeit. rote-ruhr-uni.



Sebastian Friedrich (Hg.)

Rassismus in der Leistungsgesellschaft

Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarrazindebatte“

farb. Broschur, 264 Seiten, 19.80 EUR [D]

ISBN 978-3-942885-01-0

Mit Beiträgen von Moritz Altenried, Christoph Butterwegge, Sebastian Friedrich, Sabine Hess, Juliane Karakayali, Serhat Karakayali, Elke Kohlmann, Jörg Kronauer, Gabriel Kuhn, Jürgen Link, Charlotte Misselwitz, Marianne Pieper, Nora Rätznel, Hannah Schultes, Yasemin Shooman, Vassilis Tsianos und Regina Wamper.



Wolf Wetzel

Krise des Kapitalismus und krisenhafte Proteste

Systemfehler, Band 1

Taschenbuch, farb., 96 Seiten, 9.80 Euro

ISBN 978-3-942885-15-7

Wolf Wetzel beschäftigt sich mit den Fragen, die in verschiedenen Protestbewegungen aufgeworfen wurden, liegen geblieben sind und beantwortet werden müssen.



Moritz Altenried

Aufstände, Rassismus und die Krise des Kapitalismus

England im Ausnahmezustand

Systemfehler, Band 2

Taschenbuch, farb., 80 Seiten, 9.80 Euro

ISBN 978-3-942885-10-2

Die schwersten sozialen Unruhen seit 20 Jahren wurden als „kriminell“ depolitisiert. Das Buch arbeitet den politischen Charakter der Geschehnisse heraus.

Alle Titel sind in ihrer Buchhandlung erhältlich oder können direkt beim Verlag bestellt werden: edition-assemblage.de, Postfach 27 46, D-48014 Münster